



Unterrichtung 19/236

der Landesregierung

Programm des deutschen EU-Ratsvorsitzes 1. Juli - 31. Dezember 2020

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gem. § 9 Absatz 9 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG).

Federführend ist das Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.

Zuständiger Ausschuss: Europaausschuss

Minister

Der Präsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

07. Juli 2020

**Programm des deutschen EU-Ratsvorsitzes
1. Juli – 31. Dezember 2020**

Sehr geehrter Herr Präsident,

gem. § 9 Absatz 9 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG-SH) übersende ich Ihnen anliegend das Programm des deutschen EU-Ratsvorsitzes (1. Juli – 31. Dezember 2020). Es steht unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“.

Ebenfalls beigelegt erhalten Sie das Trio-Programm des Rates „Die Strategische Agenda voranbringen“ für den Zeitraum der aufeinander folgenden Ratsvorsitze Deutschlands, Portugals und Sloweniens (Juli 2020 – Dezember 2021).

Mit freundlichen Grüßen


Claus-Christian Claussen

Anlagen:

- Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (1. Juli – 31. Dezember 2020)
- Trio-Programm des Rates (Juli 2020 – Dezember 2021)

Gemeinsam. Europa wieder stark machen.

Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

1. Juli bis 31. Dezember 2020



Inhaltsverzeichnis

Einleitung | Seite 3

- I. Europas Antwort auf die Corona-Pandemie | Seite 4
- II. Ein stärkeres und innovativeres Europa | Seite 8
- III. Ein gerechtes Europa | Seite 12
- IV. Ein nachhaltiges Europa | Seite 15
- V. Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte | Seite 18
- VI. Eine handlungsfähige Europäische Union für eine partnerschaftliche und regelbasierte internationale Ordnung | Seite 21

Einleitung

Mit der COVID-19-Pandemie steht die Europäische Union vor einer schicksalhaften Herausforderung. In der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden wir uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, diese Aufgabe gemeinsam und zukunftsgerichtet zu meistern und Europa wieder stark zu machen. Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, klare Prioritäten zu setzen und Kräfte zu bündeln. Deutschland ist sich seiner Verantwortung für die Europäische Union bewusst.

Nur wenn wir das Sars-CoV-2-Virus nachhaltig eindämmen, in die europäische Wirtschaft investieren, unser Innovationspotenzial ausschöpfen und den sozialen Zusammenhalt stärken, können die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Krise dauerhaft und wirksam überwinden. Wir müssen gemeinsam und abgestimmt handeln, in europäischer Solidarität und auf Grundlage unserer gemeinsamen Werte. Zusammen können wir die Weichen dafür stellen, dass Europa – unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips – stärker, gerechter und nachhaltiger wird.

Krisen waren in der EU von jeher auch eine Chance, Gegebenes zu hinterfragen und sich noch besser für die Zukunft zu rüsten. Unsere gemeinsame Aufgabe geht weit über die unmittelbare Bewältigung der aktuellen Situation hinaus. Dafür müssen wir unseren Blick auf die großen Transformationsprozesse unserer Zeit wie den Klimawandel, die Digitalisierung oder den Wandel der Arbeitswelt lenken. In einer Welt zunehmender Polarisierung muss europäische Politik auch die Handlungsfähigkeit Europas nach außen stärken, um europäische Interessen zu verteidigen und unsere Verantwortung in der Welt wahrzunehmen. Wir treten für eine regel- und menschenrechtsbasierte internationale Ordnung ein und wollen, dass Europa Standards und Normen weltweit mitgestaltet.

Leitgedanken der deutschen Ratspräsidentschaft sind:

- die dauerhafte Überwindung der COVID-19-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung
- ein stärkeres und innovativeres Europa
- ein gerechtes Europa
- ein nachhaltiges Europa
- ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte
- ein starkes Europa in der Welt.

Mit hoher Priorität werden wir uns für einen raschen Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 einsetzen. Der EU-Haushalt muss sich einerseits an den aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise, andererseits an den langfristigen strategischen Zielen der Europäischen Union in einer sich verändernden Welt ausrichten.

Unser Ziel: Gemeinsam. Europa wieder stark machen.



I. Europas Antwort auf die Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Innerhalb der EU können wir sie nur gemeinsam erfolgreich bewältigen und uns auf dieser Basis mit Partnern weltweit dieser globalen Aufgabe stellen.

Der Weg aus der Krise – gemeinsam und koordiniert

Die nachhaltige Eindämmung des COVID-19-Virus in Europa und weltweit ist Grundvoraussetzung zur dauerhaften Überwindung der Krise. Nur so können wir uns den zahlreichen weiteren Herausforderungen für unsere Union zuwenden und anderen wirksam helfen. Wir müssen uns in der Europäischen Union mit gelebter europäischer Solidarität gegenseitig unterstützen und unsere Ressourcen bündeln, sei es mit koordinierten Hilfslieferungen medizinischer Güter, der gegenseitigen Unterstützung bei der Behandlung von Patienten oder auch der Aufrechterhaltung und Sicherung von Lieferketten. Wir wollen die Pandemie gemeinsam und koordiniert bewältigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir die Corona-bedingten Einschränkungen im Schengenraum, unter Beachtung der epidemiologischen Lage, schrittweise aufheben. Auch hinsichtlich Außengrenzschutz und Visaverfahren wollen wir koordiniert wieder zu den regulären Verfahren zurückkehren. Die krisenbedingten Einschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr und für den Binnenmarkt wollen wir koordiniert schrittweise aufheben, um die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung zu schaffen.

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie werden wir in das Zentrum unserer Anstrengungen stellen.

Die politische Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union auf der Grundlage geordneter Verfahren muss – auch unter schwierigen Bedingungen – sichergestellt sein; auch hierfür werden wir uns während unserer Präsidentschaft einsetzen.

Nachhaltige wirtschaftliche und soziale Erholung

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie werden wir in das Zentrum unserer Anstrengungen stellen. Dazu wollen wir eine nachhaltige und inklusive Wachstumsstrategie verfolgen, die wirtschaftliche Eräftigung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ebenso zum Ziel hat wie den sozialen Zusammenhalt Europas. Wir setzen uns dafür ein, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf Basis des Europäischen Grünen Deals erfolgt und die digitale Transformation dabei eine zentrale Rolle spielt. Für die Erholung ist auch die Stärkung des Binnenmarktes zentral. Wir treten für die rasche Einrichtung eines zeitlich begrenzten und inhaltlich fokussierten Aufbauminstruments ein, eingebettet in den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und umgesetzt im Rahmen des Europäischen Semesters. Der künftige MFR wird einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung einer dauerhaften Erholung leisten, womit wir in die Zukunft unseres Kontinents investieren. Die EU-Strukturfonds sind dabei wichtige Elemente, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzufedern und den Wiederaufschwung in den Regionen zu stimulieren. Die entsprechenden Rechtsakte wollen wir innerhalb unserer Ratspräsidentschaft abschließen, damit die Mittel möglichst rasch bereitstehen.

Entscheidende Voraussetzung für die Erholung in Europa ist die wirtschaftliche Erholung der europäischen Unternehmen. Wir möchten ihre Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und strategische europäische Wertschöpfungsketten stärken. Das gilt für die industrielle Produktion, aber in besonderem Maße auch für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs). Auch die Verbraucherpolitik ist integraler Bestandteil der Strategie für die wirtschaftliche Erholung.



Wir setzen auf die Offenhaltung von Märkten und die Stärkung von Handel und Investitionen auf Basis internationaler, durchsetzbarer Regeln und treten Protektionismus und gezielten Renationalisierungstendenzen entschieden entgegen. Die temporäre Anpassung des Beihilferahmens als wichtiges Element wirtschaftlicher Krisenbewältigung sollte kontinuierlich überprüft werden, um innerhalb wie außerhalb der EU ein „Level Playing Field“ sicherzustellen. Der Schutz der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger hat für uns oberste Priorität. Gerade in Krisenzeiten ist es unsere Pflicht, dieser Verantwortung mit einer solidarischen und nachhaltigen Sozial- und Beschäftigungspolitik nachzukommen. Wir begrüßen es, dass auch der Europäische Sozialfonds (ESF) mit Mitteln aus dem wirtschaftlichen Erholungsfonds gestärkt werden soll.

Wir wollen die für die Krisenbewältigung relevanten Grundsätze der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) jetzt konsequent umsetzen. Dazu gehören die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale Grundversorgungssysteme, ein EU-Rahmen für Mindestlöhne und die Stärkung der Rolle der Sozialpartner. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit der EU-Kommission und den EU-Partnern die Arbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit in der EU auch auf der Basis eines handlungsfähigen Europäischen Sozialfonds Plus entschieden bekämpfen.

Die Pandemie offenbart die Verletzlichkeiten globaler Lieferketten und der Menschen, die darin arbeiten. Ein umfassendes Risikomanagement von Unternehmen, das im Einklang mit der globalen Agenda für Nachhaltigkeit steht, kann dazu beitragen, die Resilienz der Lieferketten zu erhöhen. Zudem ist eine verstärkte Unterstützung von Partnerländern in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit notwendig. Wir setzen uns für einen EU-Akti-

onsplan zur Stärkung der Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten ein, der menschenrechtliche, soziale sowie ökologische Standards und Transparenz fördert und den Erfahrungen und Lehren der COVID-19-Pandemie Rechnung trägt. Dies dient der kohärenten Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte sowie der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen.

Die richtigen Schlussfolgerungen für Europa aus der Krise ziehen

Wir müssen aus der Erfahrung mit der COVID-19-Pandemie lernen und gemeinsam die Weichen dafür stellen, dass die EU noch besser auf zukünftige Herausforderungen reagieren kann. Dazu werden wir uns für eine Verbesserung des EU-Krisenmanagements einsetzen. Das umfasst sowohl den EU-Krisenmechanismus (IPCR), den EU-Katastrophenschutzmechanismus (UCPM), den Gesundheitssicherheitsausschuss (HSC) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) als auch die Pandemieprävention durch einen systemübergreifenden Informationsaustausch. Bei gesundheitlichen Notlagen wie der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass wir eine fundierte epidemiologische Begleitung der Maßnahmen benötigen. Wir wollen das ECDC durch die Verbesserung der Prognosefähigkeit, die Herstellung einer vergleichbaren Datenbasis der Mitgliedstaaten und Entwicklung eines digitalen Frühwarnsystems stärken. Zur Erreichung dieser Ziele wird auch das neue Gesundheitsinstrument im Rahmen des wirtschaftlichen Erholungsfonds eine wichtige Rolle spielen.

Wir müssen aus der Erfahrung mit der COVID-19-Pandemie lernen und gemeinsam die Weichen dafür stellen, dass die EU noch besser auf zukünftige Herausforderungen reagieren kann.

Wir streben eine EU-weit funktionierende Kontaktnachverfolgung bzw. -warnungen mit Hilfe auch grenzüberschreitend interoperabler und datensparsamer Tracing- und Warning-Apps an, deren Anwendung auf freiwilliger Basis beruht und die sowohl Datenschutzrecht als auch hohen IT-Sicherheitsstandards entsprechen müssen.

Wir wollen das EU-Katastrophenschutzverfahren stärken und die Weiterentwicklung von rescEU und des EU-Katastrophenschutzpools fortführen. Dazu werden wir den Auf- und Ausbau eines EU-Wissensnetzes für den Katastrophenschutz vorantreiben, um das Zusammenwirken der verschiedenen Katastrophenschutzbehörden und -dienste der Mitgliedstaaten zu befördern.

Zudem möchten wir im Rahmen eines „Lessons Learnt“-Prozesses während unserer Ratspräsidentschaft prüfen, wie sich das Emergency Support Instrument (ESI) bewährt hat und ob es in Zukunft noch zielgerichteter und koordinierter eingesetzt werden kann.

Die Handlungs- und Gestaltungskraft der EU im Sinne europäischer Souveränität sollten wir insbesondere in strategischen Bereichen industrieller Produktion in Europa stärken. Im Gesundheitsbereich werden wir daher während unserer Ratspräsidentschaft Handlungsansätze diskutieren, wie die Versorgung mit Arzneimitteln, Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung weiter verbessert werden kann. Wir wollen konkrete Maßnahmen für eine größere Autonomie der EU in der Sicherstellung der Arzneimittelversorgung im Kreis der Mitgliedstaaten vereinbaren. Besonders wichtig sind uns dabei die Sicherstellung der Wirkstoffqualität, eine höhere Transparenz und Diversifizierung von Lieferketten und eine europäische Zusammenarbeit beim Ausbau der Wirkstoffproduktion für kritische Arzneimittel. Wir möchten auch prüfen, ob das Joint Procurement Agreement (JPA) besser für die Bereitschaftsplanung eingesetzt werden kann, um schneller kurzfristig auf aktuelle Versorgungsengpässe reagieren zu können. Die Land- und Ernährungswirtschaft als systemrelevante Branche wollen wir stärken mit Blick auf die Versorgung der europäischen Bevölkerung mit Agrargütern und Nahrungsmitteln.

Zentrale Bedeutung bei der Prävention und Bewältigung von Gesundheitskrisen kommt der europäischen Forschung und Entwicklung zu. Wir treten daher dafür ein, den Europäischen Forschungsraum im Hinblick auf Pandemie-Bekämpfung noch dynamischer, solidarischer und zielgerichteter zu gestalten. Zudem möchten wir erörtern, wie der EU-Aktionsplan „ERAvsCorona“ weiterentwickelt werden kann.

Wir wollen den Binnenmarkt stärken und dazu auch Mechanismen entwickeln, die seine Resilienz in Krisensituationen verbessern. Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich kontrollierte und subventionierte Unternehmen aus Drittstaaten sollte die EU besser entgegenwirken. Im Kontext der COVID-19-Krise bezieht sich dies unter anderem auch auf den Schutz europäischer Unternehmen, die Ziel von Übernahmen sein könnten. Im Rat wollen wir eine Diskussion darüber anstoßen, wie die EU-Regelungen zur öffentlichen Beschaffung noch passgenauer auf künftige Notsituationen und die Bewältigung von Wirtschaftskrisen zugunsten von nachhaltigem Wachstum ausgerichtet werden können.

In Bezug auf die Schengen-Zusammenarbeit wollen wir eine Debatte mit dem Ziel anstoßen, die uneingeschränkte Funktionsweise des Schengenraums durch Verbesserung der Koordination zwischen den Mitgliedstaaten in Krisenzeiten und durch Stärkung der gemeinsamen Außengrenzen zu sichern. Im Bereich der Justiz hat das Thema Zugang zum Recht – insbesondere die digitalen Aspekte – durch die Corona-Pandemie auch europäisch eine neue Dimension bekommen, der wir uns während der Präsidentschaft widmen werden. Zudem ist deutlich geworden, dass die Betreuung besonders vulnerabler Personen in Krisenzeiten mit besonderen Herausforderungen verbunden ist. Die von der Europäischen Kommission angekündigte neue Opferschutzstrategie werden wir deshalb aktiv begleiten.

Krisen wie die COVID-19-Pandemie führen zu einem besonderen Informationsbedürfnis in der Bevölkerung. Wir setzen uns daher dafür ein, die Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit falschen und irreführenden Informationen im Netz zu stärken, um der Polarisierung gesellschaftlicher Debatten – auch durch externe Akteure und gezielte Desinformation – entgegenzuwirken. Dies möchten wir im Zusammenhang mit dem „EU Democracy Action Plan“ der Kommission im Rat diskutieren. Die Gewährleistung von Meinungsfreiheit und Medienvielfalt bleibt zentral.

Unsere internationale Verantwortung in der COVID-19-Pandemie

Die EU ist durch Corona-Pandemie in einem präzedenzlosen Maße auch weltweit gefordert, ihre Handlungsfähigkeit und Verantwortung als starker und solidarischer internationaler Partner unter Beweis zu stellen. In enger

europäischer und internationaler Kooperation und Koordination unterstützen wir den „Team Europe“-Ansatz für ein umfassendes gemeinschaftliches Engagement aller EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zur erfolgreichen Bewältigung der Folgen der Krise.

Deutschland wird sich mit großem Nachdruck für seine strategische Operationalisierung und effektive, sichtbare Umsetzung einsetzen. Dem Integrierten Ansatz folgend muss unser Engagement alle Konfliktphasen und die enge Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren umfassen. Für die Bewältigung der entwicklungs- und ernährungs-politischen Herausforderungen ist insbesondere eine weiterhin enge Koordinierung mit den Vereinten Nationen (VN), der Weltbank (WB) und den regionalen Entwicklungsbanken notwendig. Wir wollen eine aktive Rolle der EU in der Globalen Gesundheit, unseren Beitrag zur Ernährungssicherung weiter ausbauen und multilaterale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und das Welternährungsprogramm (WEP), aber auch gemeinsame Plattformen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft besonderr stärken. Ein koordiniertes Vorgehen zur Sicherstellung eines insbesondere an epidemiologischen Kriterien ausgerichteten, fairen Zugangs zu und transparenter Verteilung von COVID-19 Diagnostika, Vakzinen und Therapeutika ist von grundlegender Bedeutung. Dies unterstützen wir u.a. durch Stärkung der WHO sowie den Ausbau der ACT-Plattform (Access to COVID-19 Tools).

Im Rahmen der Pandemiebewältigung werden wir ein besonderes Augenmerk auf die nachhaltige Optimierung der externen EU-Krisenpräventions- und -reaktionsfähigkeiten legen. Dies beinhaltet auch verbesserte und resilientere Strukturen und Prozesse sowie konkrete Projekte im Bereich der GSP. Gleichzeitig muss angesichts der destabilisierenden Wirkung von COVID-19 auf bereits bestehende Konflikte das umfassende sicherheitspolitische Engagement der EU als Stabilitätsanker fortbestehen. Wir müssen insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Operationen und Missionen soweit wie möglich unter Beachtung der notwendigen Auflagen weiter durchgeführt werden.



II. Ein stärkeres und innovativeres Europa

Wir müssen gemeinsam eine europäische Antwort auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unsere Politik, Wirtschaft und Gesellschaft formulieren. Gleichzeitig begreifen wir die notwendigen Maßnahmen als Chance einer beschleunigten nachhaltigen und digitalen Transformation, zukunftsorientiert und zugleich wertebasiert. Wir setzen uns ein für ein innovatives Europa, das auf den zentralen Säulen Ausbau digitaler und technologischer Souveränität, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Gestaltung einer nachhaltigen und stabilen Finanzarchitektur fußt.

Ausbau der digitalen Souveränität der EU

Die COVID-19-Pandemie hat mehr denn je deutlich gemacht: Europa muss digital souverän werden, um auch zukünftig aus eigener Kraft handlungsfähig zu bleiben.

Wir möchten daher die digitale Souveränität als Leitmotiv der europäischen Digitalpolitik etablieren und während unserer Ratspräsidentschaft gemeinsam an Antworten arbeiten, wie wir mit technischen Entwicklungen etwa zu Künstlicher Intelligenz oder Quantentechnologien so umgehen, dass wir in einem fairen Wettbewerb unseren Wohlstand steigern, unsere Sicherheit schützen und unsere Werte bewahren. Wir wollen daran arbeiten, dass Europa bei digitalen Schlüsseltechnologien über Kompetenzen

Die COVID-19-Pandemie hat mehr denn je deutlich gemacht: Europa muss digital souverän werden, um auch zukünftig aus eigener Kraft handlungsfähig zu bleiben.

auf internationalem Spitzenniveau verfügt und dabei die Offenheit des europäischen Binnenmarktes gewährleistet. Dazu gehört die Verstetigung eines Monitorings der europäischen digitalen Kapazitäten, hohe öffentliche und private Investitionen in die Stärkung digitaler Kapazitäten, sowie ein gemeinsames Verständnis im Kreis der EU-Mitgliedstaaten über die Definition von und den Weg hin zu mehr digitaler Souveränität. Dazu gehört ebenfalls der Aufbau einer hochleistungsfähigen, souveränen und resilienten europäischen digitalen Infrastruktur. Nur so können wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land erreichen. COVID-19 hat auch die Bedeutung einer sicheren

und vertrauenswürdigen, souveränen europäischen Dateninfrastruktur noch einmal verdeutlicht. Wir wollen daher Initiativen wie „Gaia X“, aber auch Effekte von Krisen auf Netzkapazitäten und Breitbandziele im Kreis der Mitgliedstaaten intensiv diskutieren.

Europa muss auf Feldern neuer Technologien größere Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit erlangen. Gemeinsame europäische Standards und Normen müssen die Entwicklung dieser Technologien begleiten. Unsere europäischen Werte und Grundrechte bilden auch im Digitalzeitalter das Fundament, für das wir weltweit eintreten. Wir wollen zudem die Chancen der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit nutzen und den Energie- und Ressourcenverbrauch digitaler Infrastrukturen möglichst gering halten. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte sowie menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der EU ein. Das Potenzial dieser Schlüsseltechnologie sollten wir bei den Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung über alle Branchen hinweg nutzbar machen. Dem Einsatz von KI im Gesundheitsbereich kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Anwendungen von KI sollten stets mit Blick auf das Wohl unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft entwickelt werden.

In der europäischen Datenpolitik wollen wir den Schwerpunkt auf Innovation, Datenzugang, verantwortungsvolle Nutzung, Datenkompetenz und Sicherheit legen. Wir möchten die durch die Europäische Datenstrategie angestoßene Diskussion zu Regeln und Leitlinien für die Governance gemeinsamer europäischer Datenräume voranbringen. Zudem wollen wir die Debatte um angemessene Nutzung hochwertiger Datensätze für digitale Dienste fort-

setzen. Um zukünftige EU-weite Gesundheitskrisen noch besser bewältigen zu können, werden wir daran arbeiten, den europaweiten Zugang zu und Austausch von gesundheitsbezogenen Daten zu verbessern. Wir wollen Weichen für einen transparenten und rechtssicheren europäischen Gesundheitsdatenraum stellen und unter Nutzung von Ratsschlussfolgerungen die Erarbeitung eines „Code of Conduct“ zur datenschutzkonformen Nutzung von Gesundheitsdaten anstoßen. Die gemeinsame Nutzung von Daten, etwa im Landwirtschaftssektor, im Verkehrsbereich oder für eine bessere Kreislaufwirtschaft, wollen wir ebenfalls fördern. Der Schutz personenbezogener Daten, die Datenhoheit und das Verbraucherschutzrecht müssen dabei jederzeit gewährleistet bleiben. Für die Souveränität unserer Bürger müssen sie Daten sicher und frei vom Zugang Dritter auf ihren Endgeräten speichern können. Hierzu wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass es in allen Endgeräten sichere Ablagemöglichkeiten, sog. Standardisierte Secure Elements, gibt.

Ein gut funktionierender Binnenmarkt auch im digitalen Bereich ist wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und den Wiederaufschwung ihrer Wirtschaft nach der Corona-Krise. Wir setzen uns für eine moderne digitale Ordnungspolitik ein, die den beschleunigten digitalen Wandel über wirtschaftspolitische Rahmensetzungen unterstützt und ihn gleichzeitig wettbewerbskonform, verbraucherfreundlich, sozial und nachhaltig gestaltet. Der Binnenmarkt sollte durch bessere Haftungs- und Sicherheitsvorschriften für die Plattformökonomie und digitale Dienste und im Bereich Verbraucherschutz gestärkt werden. Zum Thema Öcodesign streben wir Ratsschlussfolgerungen an. Wir setzen uns für eine kohärente EU-Gesamtstrategie zum Schutz geistigen Eigentums ein, um Innovationsschutz und faire Zugangsrechte sicherzustellen und Kreativität zu fördern.

Bei der Umsetzung der EU-Strategie zum digitalen Zeitalter wollen wir einen Schwerpunkt darauf legen, die digitale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, im Hinblick auf die „Zukunft der Arbeit“ gute Tätigkeitsbedingungen und soziale Sicherheit - einschließlich in neuen Arbeitsformen wie der plattformbasierten Arbeit - zu gewährleisten sowie Fähigkeiten und Kompetenzen für das digitale Zeitalter zu vermitteln. Den Aktionsplan der Kommission zur digitalen Bildung möchten wir im Rat auch im

Hinblick auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Bildungssektor diskutieren und streben unter Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes Ratsschlussfolgerungen an.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Der einheitliche Wirtschaftsraum der EU ohne Binnengrenzen bildet die Basis für unseren Wohlstand, für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Wir wollen den Binnenmarkt für zentrale Zukunftsbereiche weiterentwickeln – ohne die bisherigen Prioritäten aus den Augen zu verlieren – und setzen uns dabei für eine effektive Um- und Durchsetzung der Binnenmarktregeln sowie für den Abbau verbleibender, nicht gerechtfertigter Hindernisse im Binnenmarkt ein. Wir treten für einen effizienten, innovationsfreundlichen und zukunftsicheren Regulierungsrahmen ein. Wir wollen die evidenzbasierte Gesetzgebung ausbauen, die Gesetzesfolgenabschätzung weiter stärken, die Nutzung von Experimentierklauseln sowie Reallaboren ausweiten und uns für eine effektive Umsetzung der One in, One Out-Regelung einsetzen.

Der einheitliche Wirtschaftsraum der EU ohne Binnengrenzen bildet die Basis für unseren Wohlstand, für soziale Sicherheit und Zusammenhalt.

Eine wettbewerbsfähige europäische Industrie und ein vitaler Mittelstand sind unentbehrlich, um den digitalen und ökologischen Wandel zu meistern. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Industrie- und die KMU-Strategie der Kommission zukunftsorientiert mit dem Ziel der Stärkung europäischer Kooperation insbesondere in innovativen Schlüsseltechnologien weiterentwickeln. Wir wollen im Rahmen von Ratsschlussfolgerungen Impulse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sowie von kleinen und mittleren Unternehmen setzen. Dazu diskutieren wir geeignete Rahmenbedingungen, die Förderung zukunftsfähiger Innovationen und Maßnahmen, die die Finanzierung, substantielle Bürokratielastung und KMU-freundliche Rechtsetzung betreffen. Auf einer KMU-Konferenz im November wollen wir u.a. grenzüberschreitende Ansätze zur Stärkung von Entrepreneurship, Digitalisierung und Innovationen diskutieren.

Wir setzen uns in unserer Ratspräsidentschaft für eine Modernisierung des europäischen Beihilferechts zur Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen und zur Unterstützung der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals ein. Beihilfen und Kooperationen, die der Schaffung von Infrastrukturen wie Breitband- und Mobilfunknetzen sowie der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen dienen, sollten unter vereinfachten Bedingungen ermöglicht werden. Wir streben zudem Maßnahmen zur Vermeidung der Verlagerung von CO₂-Emissionen in Drittstaaten (Carbon Leakage), zur Unterstützung vom Kohleausstieg betroffener Regionen und der Wirtschaft insgesamt sowie eine Überarbeitung der Beihilfavorschriften an, die Umwelt- und Energiebeihilfen betreffen. Im Wettbewerbsrecht treten wir dafür ein, dass bei Fusionskontrollverfahren die globale Konkurrenzsituation im Blick behalten wird und Unternehmen bei Kooperationen mehr Rechtssicherheit erhalten. Die wettbewerbsrechtliche Missbrauchsaufsicht sollte auch im Hinblick auf Plattformmärkte weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns für eine zukunftsgerichtete EU-Strukturpolitik ein, die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenresilienz der europäischen Regionen stärkt. Unser Fokus liegt auf dem innovativen wirtschaftlichen Wandel, dem Klima- und Umweltschutz und der Sicherung nachhaltiger Beschäftigung. Die Trilogverhandlungen zum neuen Legislativpaket der EU-Strukturfonds wollen wir so weit wie möglich abschließen. Hohe Bedeutung haben der nachhaltige Strukturwandel in den Regionen sowie Investitionen in Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, innovative Energietechnologien und in das Humankapital.

Wissen, Forschung und Bildung sind entscheidende Treiber europäischer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie ein Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung des Europäischen Grünen Deals. Bei der Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums wollen wir Initiativen zum Grünen Wasserstoff, der Resilienz Europas bei Pandemien, zur Bürgerbeteiligung und verstärkter internationaler Zusammenarbeit auf den Weg bringen.

Die EU muss die Mobilität der Zukunft nachhaltig, innovativ und vernetzt ausgestalten. Dabei müssen wir den ökologischen Herausforderungen unserer Zeit begegnen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen



Verkehrssektors sicherstellen. Zudem wollen wir die Auswirkungen der Pandemie auf unsere Verkehrsinfrastrukturen und ihre Krisenfestigkeit analysieren, um den europäischen Verkehrsraum und effiziente Logistikketten zu stärken. Wir möchten zudem im Rat Orientierung für die von der Kommission angekündigte EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität erarbeiten. Zugleich werden wir Verhandlungen über Legislativprojekte in einzelnen Verkehrsbereichen vorantreiben.

Nachhaltige Finanzmarktarchitektur, stabile Finanzpolitik und Steuergerechtigkeit

Wirtschaftsaktivitäten und Unternehmensstrukturen haben sich auch durch die Digitalisierung stark verändert, die Corona-Pandemie hat zusätzliche Herausforderungen mit sich gebracht. Die europäische Steuerpolitik muss modern und innovativ sein, um die wirtschaftliche Stärke Europas weiter zu fördern und das Steueraufkommen der Mitgliedstaaten zu sichern.

Die Steuerlast muss dabei gerecht und transparent verteilt sein. Zurzeit erarbeitet die OECD Reformvorschläge, welche die steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung wirksam lösen sollen und die Einführung einer effektiven globalen Mindestbesteuerung beinhalten. Nach dem Abschluss der Verhandlungen wollen wir die Umsetzung der Ergebnisse in der EU vorantreiben. Wir setzen uns auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ein. Die wachsende Mobilität von Bürgern, Unternehmen und Vermögen erfordert im Interesse der Vereinfachung der Besteuerung, dass die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten zusammenwirken. Wir wollen

daher die Amtshilferichtlinie überarbeiten. Dies dient auch einer wirksamen Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung werden wir ebenfalls intensivieren.

In der derzeitigen Krisensituation stehen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie zur Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Gesellschaften und Volkswirtschaften Europas zu Recht im Mittelpunkt. Sobald die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen, sollte die Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten erneut auf die mittelfristige Erreichung einer vorsichtigen Haushaltslage ausgerichtet werden, denn diese ist zentral für Stabilität, Widerstandsfähigkeit und Wachstumsaussichten der Wirtschafts- und Währungsunion. Bei der Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte daher auch die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Vordergrund stehen, um in Krisensituationen den nötigen Handlungsspielraum zu geben.

Wir wollen die Kapitalmarktunion vertiefen, um kapitalmarktbasierte Finanzierung zu fördern und um den europäischen Kapitalmarkt weiter zu integrieren und international wettbewerbsfähiger zu machen. Dies dient einer besseren Finanzierung der Realwirtschaft sowie strategischer Investitionen. Wir unterstützen eine Fortentwicklung der Bankenunion, um die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen und den europäischen Binnenmarkt zu stärken.

Die fortschreitende Digitalisierung des Finanzdienstleistungssektors eröffnet Chancen für neue Geschäftsmodelle, Produkte und Anbieter. Mit ihr gehen aber auch Risiken einher und sie führt zu starken Veränderungen des Marktes. Dies macht regulatorische Anpassungen erforderlich. Mit der Schaffung einer digitalen Finanzmarktunion wollen wir bestehende Hemmnisse für grenzüberschreitende digitale Finanzdienstleistungen abbauen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir wollen die Arbeiten im Rahmen der angekündigten Digital Finance-Strategie der Kommission und der Regulierungsvorschläge etwa zu Krypto-Assets unterstützen, um einen Beitrag zur Souveränität des europäischen Finanzmarktes zu leisten.



III. Ein gerechtes Europa

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität sind zentrale Grundpfeiler eines gerechten Europa. Die COVID-19-Pandemie hat zu nachhaltigen Einschnitten im Alltag von vielen Europäerinnen und Europäern geführt und Ungleichheiten verschärft. Umso entschlossener setzen wir uns in unserer Ratspräsidentschaft für die Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Krise, für die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Förderung nachhaltiger Zukunftsperspektiven junger Menschen in Europa ein. Zudem ist die Förderung der generationsübergreifenden Solidarität für uns von zentraler Bedeutung, besonders der Schutz von Kindern und älteren Menschen, die in Krisenzeiten besonders verwundbar sind. Die Gestaltung eines gerechten Europas ist auch eine langfristige Aufgabe, denn die Herausforderungen für unsere soziale Sicherheit werden im Zuge des ökologischen, digitalen und demographischen Wandels zunehmen. Diesen Wandel wollen wir für Alt und Jung sozialverträglich und gerecht gestalten. Wir möchten während unserer Ratspräsidentschaft auch die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen, die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen und eine aktive Zivilgesellschaft fördern.

Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts

Trotz Gegenmaßnahmen zur Stabilisierung ist in Folge der COVID-19-Pandemie nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Beschäftigung und die soziale Lage in den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Ausmaß unter Druck geraten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die soziale und wirtschaftliche Aufwärtskonvergenz in Europa unter Wahrung der Kompetenzordnung voranzubringen. Ziel ist es, in Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte Ungleichheiten innerhalb der EU zu reduzieren, Verwerfungen an den Arbeitsmärkten auch aufgrund externer Schocks zu mindern und den sozialen Schutz zu verbessern. Wir treten insbesondere für die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale Mindestlöhne ein, der den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Sozialpartnerschaft und ihre herausgehobene Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen stärkt und zur Einkommensstabilisierung auch in Wirtschaftskrisen beiträgt. Wir wollen den Vorschlag der Kommission für ein entsprechendes Instrument für faire Mindestlöhne im Rat – aufbauend auf dem Konsultationsprozess mit den Sozialpartnern – in diesem Sinne diskutieren, um so einen echten Mehrwert für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erreichen.

Armut und soziale Ausgrenzung sind nach wie vor zentrale Herausforderungen in Europa, die sich in Krisenzeiten wei-

ter verschärfen. Um Bedürftigen die Teilhabe an der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, spielen die nationalen Mindestsicherungsleistungen in den Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle. Wir wollen einen Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln. Der angekündigte Vorschlag der Kommission für eine europäische Arbeitslosenrückversicherungsregelung, den wir im Rat zu prüfen beabsichtigen, wurde bereits im Programm der Trio-Präsidentschaft als ein wichtiger Schritt zur weiteren Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte bezeichnet. Auf der Basis der von der Kommission angekündigten Guidance Note streben wir Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitnehmerinnen und Saisonarbeitnehmern durch die Mitgliedstaaten an. Denn die COVID-19-Pandemie hat bestehende Missstände weiter offengelegt.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität sind zentrale Grundpfeiler eines gerechten Europa.

Wir wollen bei der Umsetzung der „Skills Agenda“ der Kommission Weiterbildung als zentrale arbeitsmarktpolitische Antwort auf den digitalen und ökologischen Strukturwandel in den Fokus rücken und den Austausch zwischen

den Mitgliedstaaten zur Weiterbildung intensivieren. Berufliche Bildung muss in Zeiten des digitalen und ökologischen Wandels auf die Arbeitsplätze der Zukunft vorbereiten, um jungen Menschen und langjährig Berufstätigen Perspektiven zu geben und um Fachkräftemangel zu bekämpfen. Wir wollen während unserer Ratspräsidentschaft die grenzübergreifende Berufsbildungsk Kooperation im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses vertiefen und mit der Annahme der Osnabrück-Deklaration eine exzellente Berufsbildung auf Hochschulniveau entwickeln. In Reaktion auf die Pandemie werden wir beim Ausbau der digitalen Bildung besondere Anstrengungen unternehmen, um digitale Lösungen kompatibel mit der neuen Europass-Plattform umzusetzen, die Lehrende qualifiziert und Bürgerinnen und Bürgern neue Entwicklungsperspektiven eröffnet. Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass im Rahmen eines „Europäischen Bildungsraums“ die Lernmobilität erhöht, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen erleichtert und ein Dach für eine Nachfolgestrategie zur Kooperation in der allgemeinen und beruflichen Bildung angestoßen wird.

Wir werden die Erarbeitung des von der Kommission angekündigten Krebsplan („Europe’s Beating Cancer Plan“) begleiten und diesen im Rat diskutieren, mit dem Ziel sowohl Prävention und Behandlung von Krebs voranzubringen als auch die Potenziale der Digitalisierung für eine bessere Krebsbekämpfung zu erhöhen. Darüber hinaus werden wir die Forschungs- und Innovationsmission „Krebs“ der Kommission unterstützen.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Auftrag an uns alle, an dem die Zukunftsfähigkeit der EU gemessen wird. Wir sind davon überzeugt, dass die institutionelle Aufwertung einer umfassenden Gleichstellungspolitik zu mehr Zusammenhalt in Europa beitragen wird. Dabei gilt es prioritär das Gebot des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer zu verwirklichen, die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter vorantreiben und sichtbar zu machen sowie geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen. Wir begrüßen die neue Strategie der Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter, in der unter anderem Frauen der geschlechtsspezifischen Gewalt und der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt

behandelt werden. Um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben zu stärken, setzen wir uns europaweit für die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern ein und wollen mit Ratsschlussfolgerungen ein politisches Zeichen zur Unterstützung setzen. Die Pandemie hat den Wert der Sorgearbeit verdeutlicht. Wir werden uns in unserer Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, negative wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der COVID-19-Pandemie für Frauen abzumildern, die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu fördern und den Praxisaustausch zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen eines informellen Treffens der Gleichstellungsministerinnen und -minister zu intensivieren. Zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur wollen wir unter anderem die Chancengleichheit stärken und die Partizipation und Vernetzung von Frauen in kreativen Schaffensprozessen voranbringen. Wir werden die Kommission bei der Verabschiedung des Gender-Aktionsplans III unterstützen und streben hierzu Ratsschlussfolgerungen an.

Um Frauen auch in Krisenzeiten besser gegen Gewalt zu schützen, werden wir uns weiter für die Ratifikation der Istanbul-Konvention des Europarats durch die EU und aller Mitgliedstaaten einsetzen. Wir werden in unserer Präsidentschaft für den europaweiten Ausbau und Zugang zu Schutz und Beratung werben.

Schutz und Teilhabe junger Menschen

Junge Menschen sind wichtige Impulsgeber für die Zukunft unseres Kontinents, und sie sind in Krisenzeiten besonders verwundbar. Wir werden die Beteiligung junger Menschen europaweit fördern. Mit einer Europäischen Jugendarbeitsagenda wollen wir die Angebote in der Jugendarbeit weiter stärken und damit alle jungen Menschen in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen.

Damit Europa ein Kontinent der Chancen bleibt, müssen wir die Jugendarbeitslosigkeit weiter engagiert bekämpfen. Junge Menschen müssen prioritär bei dem Einstieg in den Arbeitsmarkt in besonderem Maße gefördert werden. Unser Ziel ist es, durch die Stärkung der Jugendgarantie junge Menschen aktiv zu unterstützen und sie auf den grundlegenden Wandel unserer Arbeitswelt vorzubereiten – gerade auch in Krisenzeiten.

Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Europäische Politik in einem demokratischen Europa braucht eine Europäische Öffentlichkeit und die Partizipation einer aktiven Zivilgesellschaft, die auch von der kultu-

Europäische Politik in einem demokratischen Europa braucht eine Europäische Öffentlichkeit und die Partizipation einer aktiven Zivilgesellschaft, die auch von der kulturellen und medialen Vielfalt lebt.

rellen und medialen Vielfalt lebt. In dieser Logik steht auch das Kulturprogramm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit einem partizipativen EU-weiten Kunstwerk von Olafur Eliasson über Landes- und Generationengrenzen hinweg.



Während der deutschen Ratspräsidentschaft wollen wir zudem die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts innerhalb Europas betonen und dazu Möglichkeiten ihrer Förderung auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene erarbeiten. Nur gemeinsam mit allen Europäerinnen und Europäern können wir die Zukunft der Europäischen Union gestalten. Diesem Leitgedanken folgt die von der Kommission angestoßene Idee einer Konferenz zur Zukunft Europas. Sie bietet ein Forum, um über die längerfristigen Ziele der Europäischen Union einen breiten Diskurs zu führen, aber auch über die Lehren, die wir aus der COVID-19-Pandemie ziehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Rat, Kommission und das Europäische Parlament zügig über Struktur und Mandat der Konferenz verständigen; dabei müssen wir auch klären, wie eine solche Konferenz

IV. Ein nachhaltiges Europa

Unser Ziel ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie nachhaltig und inklusiv zu bewältigen und dabei den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit zu gestalten. Die Schwerpunkte hierfür sind eine ambitionierte Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutzpolitik, die Ausrichtung an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und eine nachhaltige Landwirtschaft. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten weiterhin international als ehrgeizige und aktive Akteure für Klimadiplomatie, Nachhaltigkeit und europäische Werte auftreten.

Ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik

Der für eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik erforderliche wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Transformationsprozess kann nur erfolgreich sein, wenn er wirtschaftspolitisch ausgewogen sowie sozial gerecht ist und von der gesamten Gesellschaft getragen wird. Die deutsche Ratspräsidentschaft will diesen Transformationsprozess mit aller Kraft mitgestalten.

Unser Ziel ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie nachhaltig und inklusiv zu bewältigen und dabei den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit zu gestalten.

Die Europäische Kommission hat zu Recht den Europäischen Grünen Deal als umfassende und ambitionierte Strategie vorgelegt. Sie verbindet Klima-, Umwelt- und Biodiversitätsschutz mit wichtigen Wachstumsimpulsen und beinhaltet Maßnahmen in allen relevanten Politikfeldern. Wir werden die Implementierung des Grünen Deals umfassend begleiten und dafür eine enge Koordinierung zwischen allen betroffenen Ratsformationen sicherstellen. Wir wollen zudem im Rat Schlussfolgerungen zum neuen Kreislaufwirtschaftsaktionsplan der Kommission und seiner Umsetzung annehmen. Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir die Verhandlungen über das 8. Umweltaktionsprogramm der Union beginnen.

Weiterhin wollen wir Ratschlussfolgerungen zu der neuen EU-Biodiversitätsstrategie auf den Weg bringen, um den fortschreitenden Biodiversitätsverlust zu stoppen und die für den Menschen wichtigen Leistungen der Ökosysteme zu erhalten, auch im Hinblick auf den Zusammenhang, der zwischen biologischer Vielfalt und menschlicher Gesundheit besteht. Sie ist ein Kernelement des Grünen Deals zur Überwindung der Folgen der COVID-19-Pandemie und bildet die Grundlage für eine engagierte Mitwirkung der Union bei einer neu terminierten COP15 der Biodiversitätskonvention.

Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir darauf hinarbeiten, die Beratung des Entwurfs eines europäischen Klimagesetzes, welches insbesondere die Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050 rechtlich verbindlich fest schreibt, im Rat abzuschließen. Darüber hinaus wollen wir beschließen, in welchem Umfang die Europäische Union – auch unter Berücksichtigung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit – ihren nationalen Klimabeitrag (NDC) für das Jahr 2030 erhöhen kann. Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag angekündigt hat, das EU-Ziel für 2030 auf 50–55% im Vergleich zu 1990 anzuheben. Die Grundlage für die weiteren Diskussionen wird die Folgenabschätzung der EU-Kommission bilden, insbesondere im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, für das Sozialsystem sowie ein gemeinsames Verständnis von sektorspezifischen Beiträgen.

Um die ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union zu erreichen, wollen wir im Verkehrsbereich weiter auf eine klimafreundliche, nachhaltige und bezahlbare Mobilität hinar-

beiten. Im Energiebereich hat die Kommission für das Jahr 2020 wichtige Strategien angekündigt. Dem zügigen Ausbau von Offshore-Windenergie kommt eine Schlüsselrolle zu, um die ambitionierten Ziele der Europäischen Union im Bereich der Erneuerbaren Energien zu erreichen und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir streben Ratschlussfolgerungen zu den europäischen Rahmenbedingungen für gemeinsame Erneuerbare-Energien-Projekte der Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich Offshore-Windenergie, an. Europa hat zudem ein vitales Interesse an einer sicheren und zukunftsfähigen Versorgung mit CO₂-neutralen und vorzugsweise CO₂-freien Gasen – wie insbesondere Wasserstoff aus erneuerbaren Energien –, die zugleich die Potenziale zur Dekarbonisierung erschließt. Daher wollen wir während unserer Ratspräsidentschaft entsprechende Diskussionen zum notwendigen Marktdesign führen mit dem Ziel, zur Entwicklung der entsprechenden Märkte und Infrastrukturen in der Union beizutragen. Wir wollen im Rat auch europäische Handlungsansätze zur Erreichung der Klima- und Energieziele diskutieren, insbesondere die Ausweitung der CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren und die Einführung einer moderaten CO₂-Mindestbepreisung im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS).

Der für eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik erforderliche Transformationsprozess kann nur erfolgreich sein, wenn er wirtschaftspolitisch ausgewogen, sozial gerecht ist und von der gesamten Gesellschaft getragen wird.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen durch eine ambitionierte und engagierte Klimadiplomatie auch international ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Um die Bewältigung der COVID-19-Pandemie nachhaltig und klima- und umweltfreundlich zu gestalten, wollen wir deshalb in Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern strategisch und koordiniert auf eine weltweite Anhebung der Klimaziele hinwirken, wie unter dem Pariser Abkommen vereinbart. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch Fortschritte mit Blick auf die Verbesserung der nationalen Klimabeiträge gemacht werden. International werden wir uns außerdem unter Beachtung des Prinzips der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung, für fairen Wettbewerb („Level Playing Field“)

bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen wie auch dafür einsetzen, dass Verlagerungsanreize für CO₂ in Drittstaaten („Carbon Leakage“) verhindert werden. Zudem wollen wir den Europäischen Green Deal mit einer aktiven Energieaußenpolitik begleiten: Der EU-Energiediplomatie-Aktionsplan soll aktualisiert werden, um z.B. neue Partner für grüne Energieimporte zu gewinnen und fossile Exporteure für die Chancen einer neuen Energiewelt zu sensibilisieren.

Nachhaltiges Europa

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDG) sind Leitbild der deutschen Ratspräsidentschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass das angekündigte Konzept der Kommission für die umfassende Umsetzung der Agenda 2030 vorgelegt wird, so dass die Beratungen dazu im Rat im zweiten Halbjahr beginnen können. Das Konzept sollte mit regelmäßigen Fortschrittsberichten der Kommission zur Erreichung der SDG in der Europäischen Union verbunden werden. Darin sollte auch aufgezeigt werden, in welchen Bereichen zusätzliche politische Maßnahmen erforderlich sind. Die kulturelle Dimension nachhaltiger Entwicklung wollen wir im Rahmen unserer Ratspräsidentschaft sichtbar machen, indem wir etwa die Zusammenhänge zwischen dieser, dem Klimawandel und Kulturerbeschutz thematisieren.

Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und Fischerei und zukunftsfähige ländliche Räume

Die COVID-19-Pandemie hat uns die Bedeutung der regionalen Sicherung der Ernährung wieder stärker ins Bewusstsein gebracht. Wir wollen einen Beitrag zur Umsetzung der SDG durch eine moderne und nachhaltige Land- und Fischereiwirtschaft leisten. Besondere Chancen ergeben sich hierbei durch die Möglichkeiten der Digitalisierung. Wir streben in den Verhandlungen über die Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020 eine Allgemeine Ausrichtung des Rates an. Enge Bezüge zur GAP hat die Strategie der Europäischen Kommission „Vom Hof auf den Tisch“, zu der wir Schlussfolgerungen anstreben. Zudem beabsichtigen wir Schlussfolgerungen zu Fragen des Tierwohls sowie der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Im Bereich der Fischerei werden wir unter anderem Verhandlungen über die Fangmöglichkeiten 2021 führen.

Im Sinne nachhaltiger Entwicklung sollten die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik und weitere Politikbereiche noch stärker dazu beitragen, die Zukunft ländlicher Räume zu sichern, Entwicklungspotenziale ländlicher Regionen zu nutzen und sie als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hier kommt den Mitgliedstaaten künftig eine größere Verantwortung für die Ausgestaltung von Fördermaßnahmen zur Stärkung der ländlichen Entwicklung zu. Daneben wollen wir eine nachhaltige und ausgewogene Raum- und Stadtentwicklung voranbringen, indem wir die Territoriale Agenda 2030 beschließen und die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007) fortschreiben.

Verbraucherschutz

Zur Überwindung der COVID-19-Pandemie benötigen wir das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in einen starken europäischen Binnenmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rat frühzeitig in die Erarbeitung der neuen Verbraucheragenda einbezogen wird, die die Kommission im zweiten Halbjahr 2020 vorlegen will. Die Agenda muss dazu beitragen, den Verbraucherschutz in der Europäischen Union an die aktuellen digitalen und ökologischen Herausforderungen anzupassen, Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen und das bestehende Verbraucherrecht besser durchzusetzen.



V. Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte

Wir wollen unsere europäische Rechts- und Wertegemeinschaft stärken. Dies setzt auch voraus, dass wir in enger Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern überzeugende Antworten auf zentrale Fragen im Bereich Sicherheit und auf Migrationsfragen finden. Europa muss ein Ort bleiben, in dem sich alle Menschen – gleich welcher Herkunft, Überzeugung oder Weltanschauung frei und sicher fühlen können. In der Asyl- und Migrationspolitik setzen wir uns für ambitionierte Reformen ein.

Stärkung der Grundwerte und Grundrechte

Der Schutz unserer gemeinsamen Werte, individuellen Rechte und Freiheiten ist eines der Kernmerkmale der Europäischen Union. Rechtsstaatlichkeit ist dabei die Grundvoraussetzung für den Schutz der anderen Werte. Sie ist unerlässlich für das Funktionieren der EU. Wir werden uns während unserer Präsidentschaft daher umfassend für die Stärkung der Grundwerte und insbesondere für einen gemeinsamen, kooperativen und konstruktiven Umgang mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Auf Grundlage des ersten jährlichen Berichts der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in jedem Mitgliedstaat wollen wir im Rat einen gleichberechtigten politischen Rechtsstaatsdialog aller Mitgliedstaaten führen, bestehend aus zwei Aussprachen: eine jährliche zu dem Bericht als Ganzem und dessen horizontalen Aspekten und eine halbjährliche über erste länderspezifische Kapitel des Berichts, so dass sukzessive alle Mitgliedstaaten behandelt werden. Unser Ziel ist es, ein besseres Verständnis über die Lage in jedem Mitgliedstaat zu entwickeln, Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und gegenseitige Unterstützung anbieten zu können.

Der Schutz unserer gemeinsamen Werte, individuellen Rechte und Freiheiten ist eines der Kernmerkmale der Europäischen Union.

Ein solcher Dialog kann nur komplementär zu weiteren Mechanismen sein. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Stan-

dards in der Union und ihren Mitgliedstaaten ist auch Grundvoraussetzung dafür, dass Mittel aus dem EU-Haushalt korrekt verwendet werden. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Kommission für eine Verknüpfung von EU-Haushaltsmitteln mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards in den Mitgliedstaaten.

Für uns steht darüber hinaus fest: Wo es in Mitgliedstaaten rechtsstaatliche Defizite gibt, müssen die in den europäischen Verträgen vorgesehenen Mechanismen entschieden genutzt werden. Dies gilt sowohl für Verfahren nach Art. 7 EUV als auch für Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

Wir werden uns weiter für den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention einsetzen – sobald die Lage hinsichtlich der COVID-19-Pandemie es erlaubt, sollten die Verhandlungen zum Beitritt mit dem Europarat engagiert fortgesetzt werden.

Wir wollen uns für eine Demokratisierung des Internets und eine Stärkung der Resilienz von Gesellschaften im Umgang mit falschen und irreführenden Informationen im Netz einsetzen. Darüber hinaus legen wir besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Hasskriminalität und Rassismus. Um gemeinsam allen Formen von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten, streben wir einen strukturierten Austausch auf europäischer Ebene an, insb. zu Strategien und Strukturen für eine ganzheitliche Bekämpfung und Erfassung antisemitischer Vorfälle. Zudem werden wir entschieden gegen Antiziganismus vorgehen und zur Fortentwicklung des EU-Rahmens für nationa-

le Strategien beitragen. In diesem Zusammenhang werden wir uns für die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Kultur und Medien spielen eine tragende Rolle bei der Vermittlung unserer europäischen Identität, unserer Gesellschaft und Werte. Ihre Vielfalt und Freiheit wollen wir sichern, etwa durch Fortsetzung des Programms Kreatives Europa. Wie eine vielfältige Medienlandschaft auch in Zeiten einer Krise sichergestellt werden kann, wollen wir im Rahmen von Ratsschlussfolgerungen thematisieren. Wir wollen prüfen, wie wir den durch die COVID-19-Pandemie stark betroffenen Kultur- und Mediensektor noch effizienter unterstützen können. Den Strategischen Ansatz der EU für die internationalen Kulturbeziehungen wollen wir systematisch umsetzen.

Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unserer Polizeibehörden in einer Europäischen Polizeipartnerschaft verbessern. Polizistinnen und Polizisten in der Europäischen Union sollen so die notwendigen Informationen aus anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Wir wollen auch die Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und Justiz verbessern.

Die justizielle Zusammenarbeit zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität wollen wir stärken, etwa bei der grenzüberschreitenden Gewinnung elektronischer Beweismittel. Die COVID-19-Pandemie stellt die internationale strafrechtliche Zusammenarbeit vor große Herausforderungen, insbesondere bei Auslieferung und Überstellung, denen durch Koordinationsmechanismen für Krisenzeiten begegnet werden soll.

Die verschiedenen EU-Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen wollen wir ausbauen. Eine krisenresiliente ziviljustizielle Zusammenarbeit in der EU ist essenziell nicht nur für Bürgerinnen und Bürger, Behörden und Gerichte, sondern auch für die Wirtschaft und insbesondere für KMU. Die dazu bereits begonnenen Arbeiten werden wir fortsetzen.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehört nach wie vor zu den großen Herausforderungen in Europa. In einem Europa der offenen Grenzen müssen wir sicherstellen, dass Informationen zuverlässig und schnell fließen. Um dies weiter zu optimieren, setzen wir uns für eine gemeinsame Analyse der verschiedenen nationalen Systeme zu personenbezogenen Gefährdungseinschätzungen und nationalen Gefährderlisten ein. Zudem unterstützen wir den zügigen Abschluss der Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Neben islamistischem Terrorismus legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des Rechtsterrorismus und gewaltbereiten Rechtsextremismus und wollen dafür deren EU-weite Vernetzung im Internet untersuchen.

Wir wollen die Fähigkeit von Europol zur Unterstützung der operativen Arbeit der nationalen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität, terroristische und extremistische Bedrohungen stärken und Europol als Zentralstelle für die europäische Polizei so ausbauen, dass Europol sein Mandat für Analyse und Informationsaustausch voll ausschöpfen kann.

Um die Sicherheit im Cyberraum weiter zu stärken, setzen wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Netz- und Informationssicherheit ein, insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen und weiterer Unternehmen im öffentlichen Interesse. Um dies zu erreichen werden wir uns u.a. dafür einsetzen, dass ein einheitliches Mindestmaß an IT-Sicherheit bei allen auf dem Markt erhältlichen Geräten vorhanden ist.

Erneuerung der Europäischen Migrations- und Asylpolitik

Migration und der Umgang mit Flüchtlingen sind Fragen, für die wir in der Europäischen Union nur gemeinsam nachhaltige Lösungen finden können. Unsere europäischen Werte, rechtsstaatliche und humanitäre Standards leiten uns dabei.

Wir müssen das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ambitioniert reformieren, um ein faires, funktionfähiges, effizientes und krisenfestes System zu schaffen. Ausgehend von den Vorschlägen der Kommission setzen wir

uns für eine Reform ein, die Verantwortlichkeiten und Solidarität neu regelt; humanitären Standards gerecht wird, die Überlastung einzelner Mitgliedstaaten durch eine gerechte Verteilung der Schutzsuchenden nach einem fairen Zuständigkeitsregime vermeidet und Sekundärmigration effektiv begegnet. Fehlanreize zwischen den Mitgliedstaaten und gegenüber Schutzsuchenden wollen wir minimieren und sicherstellen, dass das System in der Praxis funktioniert. Die Rechte der Schutzsuchenden und Schutzberechtigten müssen gewahrt und schnelle Entscheidungen darüber getroffen werden, wer überhaupt des Schutzes in einem EU-Mitgliedstaat bedarf. Unter anderem wollen wir verpflichtende Verfahren an den EU-Außengrenzen einführen, um Asylanträge im Rahmen eines Vorverfahrens frühzeitig zu kategorisieren, zu prüfen und bei offensichtlich fehlender Schutzbedürftigkeit die Einreise in die EU zu verweigern. Zugleich wollen wir die Resettlement-Kapazitäten der Europäischen Union stärken und ausbauen.

Migration und der Umgang mit Flüchtlingen sind Fragen, für die wir in der Europäischen Union nur gemeinsam nachhaltig Lösungen finden können.

Ein funktionsfähiges und krisenfestes europäisches Asylsystem erfordert auch einen wirksamen Mechanismus zur effektiven freiwilligen Rückkehr sowie nachhaltiger Reintegration derjenigen Personen, denen kein Schutz in der Europäischen Union zuerkannt werden kann. Zum anderen wollen wir gemeinsame Standards für die Rückkehrzusammenarbeit und wirksame Verfahren zur effektiven und menschenrechtskonformen Rückführung Ausreisepflichtiger entwickeln und durchführen und wollen in diesem Zusammenhang vor allem die Verhandlungen über eine Neufassung der Rückführungsrichtlinie weiterbringen. Freiwillige Rückkehr soll dabei Vorrang erhalten.

Die COVID-19-Pandemie trifft Flüchtlinge und Migranten als vulnerable Personen in besonderem Maße. Dies macht den Ausbau unserer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Herkunfts-, Aufnahme und Transitstaaten umso dringlicher. Dabei verfolgen wir einen umfassenden Ansatz zur Minderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration und zur Stabilisierung von Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeregionen. Wir wollen unsere Fähigkeiten zu europäischen Migrationslageanalysen ausbauen, um

VI. Eine handlungsfähige Europäische Union für eine partnerschaftliche und regelbasierte internationale Ordnung

Deutschland wird sich während seiner Präsidentschaft in Unterstützung des Hohen Vertreters in den Dienst eines geeinten, verantwortungsvollen und kraftvollen europäischen Außenhandels stellen. Die Europäische Union ist ein zentraler Rahmen und unverzichtbarer Anker für unsere nationale Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Als Präsidentschaft übernehmen wir besondere Verantwortung für ein effektives europäisches Außenhandeln. Wir sind überzeugt: Nur gemeinsam können wir Europäer internationalen Herausforderungen wirksam begegnen, unsere Interessen kooperativ durchsetzen und unsere Werte verteidigen.

Auch im Bereich des Außenhandels der EU werden die Bewältigung der COVID-19-Pandemie, die erfolgreiche Überwindung ihrer Folgen sowie die Prävention zukünftiger Pandemien zentrale Themen sein. Dies wird nur im internationalen Schulterschluss gelingen. Wir werden uns deshalb im Rahmen des „Team Europe“-Ansatzes für ein gemeinschaftliches Engagement der EU-Institutionen und Mitgliedstaaten, eine Stärkung der multilateralen Institutionen, die produktive Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und Schlüsselakteuren sowie die globale Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen einsetzen. Wir wollen die Wirksamkeit der externen Krisenprävention und des Krisenengagements von EU-Institutionen und Mitgliedstaaten einer Überprüfung unterziehen und Maßnahmen zu ihrer weiteren Stärkung einleiten.

Deutschland wird sich während seiner Präsidentschaft in Unterstützung des Hohen Vertreters in den Dienst eines geeinten, verantwortungsvollen und kraftvollen europäischen Außenhandels stellen

Wir haben eine besondere Verantwortung für die Länder des Westlichen Balkans sowie unsere südliche und östliche Nachbarschaft und unseren Nachbarkontinent Afrika. Nur wenn die EU dort effektiv und sichtbar auch bei der Überwindung der COVID-19-Pandemie und der umfassen- den Stärkung resilienter Systeme zur Krisenprävention ihre Handlungsfähigkeit und ihren Mehrwert beweist, wird sie

auch auf globaler Bühne als glaubwürdiger Akteur auftreten können.

Unsere geostrategischen Prioritäten

Die EU trägt eine große Verantwortung für die Mitgestaltung der globalen Ordnung im Sinne von stärkerer internationaler Koordinierung und Kooperation sowie mehr Nachhaltigkeit und Solidarität.

Wir wollen gemeinsam mit dem Hohen Vertreter eine umfassende und aktive Zusammenarbeit der EU mit den USA gestalten – mit einem breiten Politischen Dialog und einer positiven transatlantischen Handelsagenda. Die USA ist unser engster außen- und sicherheitspolitischer Partner außerhalb der EU.

Uns leitet die Ambition einer ehrgeizigen, umfassenden Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die der Tiefe und Breite unserer Beziehungen gerecht wird. Wir werden unseren aktiven Beitrag dafür leisten, dass die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich auf Grundlage der gemeinsam vereinbarten Politischen Erklärung und des Verhandlungsmandats für die Kommission zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Dabei ist selbstverständlich, dass unsere künftige Partnerschaft auf einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten sowie fairen Wettbewerbsbedingungen beruhen muss. Hierfür sind parallele



Verhandlungsfortschritte in allen Bereichen erforderlich. Gleichzeitig bleibt die vollständige Umsetzung des Austrittsabkommens eine zentrale Aufgabe.

Die China-Politik aller EU-Institutionen und Mitgliedstaaten soll geschlossen und ausgewogen sein und sich an den langfristigen gemeinsamen EU-Interessen und Werten ausrichten. Wir wollen gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Kommission die Kooperation mit China ausbauen und uns in allen Politikbereichen für mehr Reziprozität einsetzen. Wir streben konkrete Fortschritte bei den Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen und bei den Themen Klima, Biodiversität, Globale Gesundheit und der Zusammenarbeit in Afrika sowie gemeinschaftliche Problemlösungen im Kontext der COVID-19-Pandemie an. Wir streben ein EU-China-Treffen der Führungsspitzen so bald wie möglich an.

Beim EU-AU-Gipfel wollen wir eine Europäisch-Afrikanische Agenda verabschieden und mit Afrika die politische Partnerschaft der Zusammenarbeit mit konkreten gemeinsamen Initiativen vertiefen. Als zentrale gemeinsame Handlungsfelder sehen wir Frieden und Sicherheit, gute Regierungsführung, wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung, Klimawandel und die Energiewende, Biodiversität, Gesundheits- und Migrationsfragen. Auch die gemeinsame Unterstützung der afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) ist ein wichtiges Thema. Wir unterstützen einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen eines Post-Cotonou-Abkommens für eine umfassende Kooperation mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks.

Konflikte bewältigen und Frieden fördern

Wir müssen – gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Europäischen Kommission – unser Engagement zur Bewältigung der großen internationalen Konflikte intensivieren: bei der Konfliktlösung in Libyen, zur Bewältigung der Folgen der Syrien-Krise, bei einer Lösung der Nuklearfrage mit Iran, im Sahel und in der Ost-Ukraine. Darüber hinaus wird sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit Nachdruck für den Erhalt der Zwei-Staatenlösung als Friedensperspektive für den Nahostkonflikt einsetzen. Deutschland wird, auch mit Blick auf die internationale Geberkonferenz für Afghanistan im November, dafür ein-

treten, dass die EU Afghanistan auf seinem Weg zu Frieden, Stabilität und Wachstum weiterhin unterstützt – geknüpft an fortgesetzte Reformbemühungen und Fortschritte im Friedensprozess.

Weitere zentrale Vorhaben

Wir treten für eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive der Westbalkan-Staaten ein. Sie weiter an die Europäische Union heranzuführen liegt sowohl im Interesse des Westlichen Balkans als auch im eigenen strategischen Interesse der EU. Vor diesem Hintergrund begleiten wir aktiv die bereits laufenden Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro und bereiten mit der Ausarbeitung der Verhandlungsrahmen für Albanien und Nordmazedonien, unter Berücksichtigung der neuen Beitrittsmethodik, den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern vor.

Deutschland unterstützt den Hohen Vertreter, der sich für eine aktive Gestaltung der EU-Russland-Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der EU und der Bestandsaufnahme über ihre Umsetzung einsetzt.

Zu dieser ausgewogenen Europäischen Ostpolitik gehört auch die Einleitung einer effektiven Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels zur Östlichen Partnerschaft sowie die weitere Implementierung der Zentralasienstrategie.

Wir wollen unseren Beitrag leisten, um die EU-ASEAN-Beziehungen zu einer Strategischen Partnerschaft aufzuwerten. Zudem wollen wir aktiv die Konnektivitätsstrategie zwischen der EU und Asien voranbringen und als Rahmen für nachhaltige, smarte und transparente Vernetzung bei Energie, Verkehr und Digitalisierung weiterentwickeln.

Deutschland wird sich für den weiteren Ausbau der EU-Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik einsetzen, um u.a. die Wirtschaftsbeziehungen und die Wissenschaftskooperation zu intensivieren.

Die Instrumente für eine starke EU in der Welt

Europas Markenkern ist die enge Verzahnung von allen zur Verfügung stehenden Politiken sowie zivilen und militärischen Instrumenten für Krisenprävention, Stabilisierung,



Konfliktbewältigung und Wiederaufbau bis hin zur langfristigen Förderung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung. Wir wollen uns der erfolgreichen Umsetzung des Integrierten Ansatzes durch alle relevanten Akteure zur langfristigen Stärkung der EU-Krisenreaktionsfähigkeit im Außenhandeln besonders widmen. Hierfür werden wir uns u.a. für die Entwicklung von politischen Leitlinien zu Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung einsetzen.

Schließlich wollen wir uns auf der Grundlage des sog. „Humanitarian Call for Action“ für einen starken Beitrag der EU zum Schutz des humanitären Raumes sowie zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der humanitären Prinzipien einsetzen.

Eine effektivere europäische Außen- und Sicherheitspolitik wird nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten sich noch stärker in der Mitverantwortung für ein starkes Europa in der Welt sehen.

Eine effektivere europäische Außen- und Sicherheitspolitik wird nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten sich noch stärker in der Mitverantwortung für ein starkes Europa in der Welt sehen. Zu oft blockieren einzelne Mitgliedstaaten den breiten Konsens unter der ganz überwiegenden Mehrheit der Mitgliedstaaten – das schwächt unsere Union. Deswegen werden wir für die Bereitschaft zu Kooperation, Kompromiss und Interessensausgleich werben und auch während der Ratspräsidentschaft unsere Bemühungen zur Stärkung der Effektivität und Effizienz der GASP in Unter-

stützung des Hohen Vertreters fortsetzen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Kapazitäten der EU zur Verhandlung und Umsetzung von Sanktionen zu erweitern.

Eine europäische Führungsrolle für die Stärkung des offenen und regelbasierten internationalen Handelssystems ist unverzichtbar für die Bewältigung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie. Dafür wollen wir sowohl eine Modernisierungsagenda für die Welthandelsorganisation (WTO) als auch ambitionierte bilaterale, regionale und plurilaterale Abkommen mit vorantreiben bzw. lancieren, etwa im Bereich digitaler Handel. Der Abschluss von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen ist ein wesentlicher Beitrag für Diversifizierung und Absicherung von Lieferketten sowie zu benötigter Wachstumsdynamik. Wir streben zügige Fortschritte bei der Finalisierung des Abkommens mit dem Mercosur und des modernisierten Abkommens mit Mexiko an. Wir wollen die Europäische Kommission dabei unterstützen, die Verhandlungen mit Neuseeland und Australien an einen Abschluss heranzuführen und Fortschritte in den Gesprächen mit Chile, Indonesien und Tunesien zu erreichen. In den Handelsbeziehungen zu China wollen wir dazu beitragen, größere Wettbewerbsgleichheit zu verankern. Darüber hinaus streben wir die Öffnung von Beschaffungsmärkten in Drittstaaten an. Zudem wollen wir die Regeln des internationalen Investitionsschutzes verbessern und Bemühungen um einen Multilateralen Investitionsgerichtshof vorantreiben. Wir wollen die Integration der Ziele der nachhaltigen Entwicklung in die Handelspolitik fortsetzen und den Handel so als wirksames Instrument zu ihrer weitweiten Förderung nutzen. Um diese bi-, pluri- und multilaterale Agenda zu stützen, werden wir gleichzeitig unsere außenwirtschaftspolitischen Instrumente modernisieren und weiter überprüfen, auch um unseren Unternehmen den internationalen Wettbewerb auf Augenhöhe mit Unternehmen aus Drittstaaten zu ermöglichen.

Auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist ein noch stärkeres gemeinsames europäisches Vorgehen als bisher notwendig. Deutschland unterstützt deshalb eine umfassende Nutzung der gemeinsamen Programmplanung und Umsetzung (Joint Programming). Darüber hinaus muss Europa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit schneller, innovativer und flexibler reagieren können als bisher. Wir arbeiten daher an der Entwicklung einer zu-



kunfts-fähigen und kohärenten europäischen Entwicklungs-finan-zarchitektur.Darüber hinaus wollen wir in dereuropäischen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den Partner-ländern die Umsetzung der Agenda 2030 beschleunigen.

Zunehmend bestimmt Technologie auch das Ringen um internationalen Einfluss und wird so zu einem ent-scheidenden Faktor in den internationalen Beziehungen. Daher wollen wir durch Schaffung eines Digital Diplomacy Network zwischen den Außenministerien der Mitgliedstaa-ten unter Führung des EAD den Aufbau einer europäischen Digitaldiplomatie anstoßen. Auch in unserer europäischen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir die Chancen der Digitalisierung noch stärker nutzen, etwa durch Förderung digitaler Fähigkeiten und datengetriebener Märkte in Afrika.

Deutschland setzt sich gemeinsam mit dem Hohen Ver-treter für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Si-cherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und die ganz-heitliche Stärkung ihrer Resilienz und Handlungsfähigkeit im zivilen und im militärischen Bereich ein. Dazu wollen wir die Kohärenz aller EU-Verteidigungsinitiativen weiter fördern, notwendige Reaktionsstrukturen schaffen, den Pakt für die Weiterentwicklung der zivilen GSVP vollstän-dig umsetzen und die zivil-militärischen Führungs- und Planungsstrukturen in Brüssel für exekutive GSVP-Ein-sätze stärken. Deutschland wird ein Europäisches Kom-petenzzentrum Ziviles Krisenmanagement in Berlin ein-richten, das konzeptionelle Standards und Empfehlungen für zivile Kriseneinsätze entwickeln soll. Die umfassende Ertüchtigung von Partnern im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität wollen wir mit einem strategischen Poli-tikansatz gezielt gestalten. Gemeinsam mit dem Europäi-schen Auswärtigen Dienst werden wir die Entwicklung des sog. Strategischen Kompasses vorantreiben. Mit die-sem sicherheitspolitischen Grundlagendokument sol-len im Rahmen der Globalen Strategie zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU von 2016 ausgehend von einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse die strategischen Ziele der EU für den Bereich Sicherheit und Verteidigung weiter konkretisiert und das Handeln der EU dadurch schneller, effektiver und planbarer gemacht werden. Dies soll auch die Reaktionsfähigkeit auf Pandemien umfassen.

Mit einer Verbesserung der Prozesse wollen wir eine koor-dinierte, kohärentere und zielorientiertere Fähigkeitsent-

wicklung der EU- Mitgliedstaaten ermöglichen. Schließ-lich setzen wir uns dafür ein, die digitalen Kompetenzen und Cyberverteidigungsfähigkeiten der Streitkräfte der Mitgliedstaaten zu stärken.

Die EU-NATO-Zusammenarbeit wollen wir durch Dialog, Transparenz und regelmäßige Abstimmung fördern. Angesichts der COVID-19-Pandemie soll dies auch mi-litärische Unterstützungsleistungen für zivile Strukturen und Beiträge zur Resilienzbildung sowie zum Zivil- und Katastrophenschutz umfassen. Erhalt und Weiterent-wicklung der bestehenden Rüstungskontrollarchitektur liegen angesichts neuer Technologien und Akteure im sicherheitspolitischen Interesse Europas. Wir unterstützen einen langfristigen innereuropäischen Dialog mit dem Ziel, Europa in diesem Prozess eine Stimme zu geben.

Das Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird herausgegeben von:

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Postanschrift: 11013 Berlin

Telefon: 030 18-17-0
Bürgerservice: 030 18-17-2000
Telefax: 030 18-17-3402
Website: www.auswaertiges-amt.de
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de
De-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de-mail.de

Bildnachweise:

Seite 5: © Auswärtiges Amt | S. 12: © Vesa Moilanen/Lehtikuva/dpa | S. 14: © Olafur Eliasson, Earth Speakr, 2020
S. 19: © Belga Photo, Nicolas Maeterlinck | S. 23: © picture alliance/ZUMA Press, Nicolas Landemard



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 9. Juni 2020
(OR. en)

8086/1/20
REV 1

POLGEN 46

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Betr.:	Die Strategische Agenda voranbringen Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Juli 2020 – 31. Dezember 2021)

Die Delegationen erhalten anbei das Achtzehnmonatsprogramm des Rates, das die künftigen Vorsitze (Deutschland, Portugal und Slowenien) und der Hohe Vertreter, der den Vorsitz im Rat (Auswärtige Angelegenheiten) führt, erstellt haben.

Das Programm**I. EINLEITUNG**

Die COVID-19-Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung für Europa und die ganze Welt dar.

Als globale Gesundheitskrise hat sie die Gesellschaften und Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten der EU auf dramatische Weise getroffen. Sie erfordert dringendes, entschlossenes und umfassendes Handeln auf EU-Ebene sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene¹. Die drei Vorsitze werden alles Notwendige unternehmen, um die Resilienz Europas zu stärken, unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Krise zu überwinden und zugleich unsere europäischen Werte und unsere Lebensweise zu wahren. Damit setzt sich der Dreivorsitz für die fünf Aktionsbereiche ein, die in der Gemeinsamen Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 26. März 2020 festgelegt wurden.

Die COVID-19-Krise, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einer Pandemie erklärt wurde, hat die Gesellschaften und insbesondere die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten auf eine harte Probe gestellt und tut dies noch immer. Die Mitgliedstaaten und die EU-Organe haben im Geiste der Solidarität bei der Koordinierung und Umsetzung der einschlägigen Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung zusammengehalten. Nur wenn die Gesundheitspolitik bei der wirksamen Eindämmung und schließlich bei der Überwindung der von COVID-19 ausgehenden Bedrohung erfolgreich ist, kann in allen anderen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens eine dauerhafte Erholung erreicht werden.

¹ Siehe die Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 26. März 2020.

Zwar wurden während des kroatischen Ratsvorsitzes bereits viele Maßnahmen zur Bewältigung der Krise getroffen, doch bleibt noch viel zu tun, insbesondere in Bezug auf die Eindämmung der Pandemie und die Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Gesellschaften und Volkswirtschaften Europas: So müssen wir ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, das unter anderem den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und den digitalen Wandel einschließt, fördern sowie alle Lehren aus der Krise² ziehen und ihre sozioökonomischen Folgen bewältigen. Die drei Vorsitze sind entschlossen, zu diesem Zweck als übergeordnete Priorität alle geeigneten Maßnahmen durchzuführen, die einer soliden Erholung der europäischen Wirtschaft dienen, und zwar im Einklang mit einer Strategie für nachhaltiges und inklusives Wachstum, die dem Ziel Rechnung trägt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und die erheblichen sozialen Auswirkungen und die menschliche Dimension zu berücksichtigen. Der Dreivorsitz wird Folgemaßnahmen zu den anstehenden Kommissionsvorschlägen für ein ehrgeizigeres, breiter gefächertes und besser abgestimmtes Krisenmanagementsystem in der EU treffen.

Der Dreivorsitz bekennt sich zu den Grundsätzen des gemeinsamen europäischen Fahrplans für die Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 und des Fahrplans für die Erholung nach der Pandemie³: Der Plan für die Erholung nach der Pandemie (Aufbauplan) muss daher auf Solidarität, Zusammenhalt und Konvergenz beruhen; die Erholung muss flexibel und anpassungsfähig erfolgen und der Ansatz dafür muss sich im Laufe der Zeit weiterentwickeln; sie muss inklusiv sein und von allen Beteiligten mitgetragen werden; dabei müssen unsere Werte und Rechte und die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt geachtet werden.

Die drei Vorsitze werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um im Einklang mit den wichtigsten Empfehlungen des Fahrplans für die Erholung nach der Pandemie den Binnenmarkt wiederherzustellen und weiter zu vertiefen, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und den digitalen Wandel voranzubringen, nach digitaler Souveränität zu streben, die strategische Autonomie der EU durch eine dynamische Industriepolitik sicherzustellen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups zu unterstützen, ausländische Direktinvestitionen zu prüfen, eine widerstandsfähigere Infrastrukturen speziell im Gesundheitssektor aufzubauen und kritische Güter in Europa herzustellen, um die übermäßige Abhängigkeit von Drittländern zu verringern.

² Siehe den gemeinsamen europäischen Fahrplan für die Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19, 15. April 2020.

³ Ein Fahrplan für die Erholung – Für ein widerstandsfähigeres, nachhaltigeres und faireres Europa, 22. April 2020.

Der Dreivorsitz wird zu den beispiellosen Investitionsbemühungen, durch die die Erholung vorangetrieben werden soll, die auf gemeinsam vereinbarte Ziele ausgerichtet sind und sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen sie am dringendsten benötigt werden, beitragen und diese bei Bedarf steuern. Diese Bemühungen werden Sicherheitsnetze für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Staaten und einen mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verknüpften Aufbaufonds umfassen, um auf eine nachhaltige Erholung hinzuwirken.

Die drei Vorseitze messen der aus der Pandemie resultierenden globalen Herausforderung sowie der Rolle der EU als globaler Akteur mit einer besonderen Verantwortung für die Gestaltung der weltweiten Reaktion im Rahmen des Multilateralismus und einer regelbasierten internationalen Ordnung große Bedeutung bei. Hierzu zählt, dass wichtige politische Prioritäten dort weiterverfolgt werden, wo es einen großen Ressourcenmangel gibt, dass die Reaktionskapazitäten in den Ländern mit den schwächsten Gesundheits-, Wasserversorgungs- und Abwassersystemen, insbesondere in Afrika, gestärkt werden und dass die schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gemindert werden. Eine globale Reaktion erfordert stärkere regionale Zusammenarbeit bei der Arbeit an neuen Diagnostika, Therapeutika und Impfstoffen. Die drei Vorseitze werden sich bei all diesen Bemühungen im Sinne eines echten „Team Europe“-Ansatzes engagieren.

Der Dreivorsitz wird in die Entwicklung eines Governance-Systems⁴ investieren, das zu einer widerstandsfähigeren, effizienteren und wirksameren EU führt, und dabei unsere zentralen Werte in den Mittelpunkt seines Ansatzes stellen.

Um die oben genannten Ziele zu erreichen, wird der Dreivorsitz die Maßnahmen des Aktionsplans umsetzen, der dem Fahrplan für die Erholung nach der Pandemie beigelegt ist. Der Dreivorsitz setzt sich auch für die Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte ein, unter anderem durch einen EU-Sozialgipfel im Mai 2021, der auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates erfolgt und vom portugiesischen Vorsitz ausgerichtet wird.

⁴ Im Einklang mit dem Fahrplan für die Erholung – Für ein widerstandsfähigeres, nachhaltigeres und faireres Europa, 22. April 2020.

Zwar ist die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen die oberste Priorität des Dreivorsitzes, doch müssen die EU-Organen auch ihre normale Arbeit fortführen, damit der Dreivorsitz greifbare Fortschritte bei der Umsetzung der Strategischen Agenda 2019-2024 erzielen kann. Die drei Vorseitze sind der festen Überzeugung, dass wir gestützt auf unsere europäischen Werte und die Stärken der Europäischen Union unsere gemeinsame Zukunft gestalten, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Gesellschaften fördern und unsere Lebensweise bewahren können. Damit die Union ihr volles Potenzial entfalten kann, wird der Dreivorsitz die Einheit zwischen den Mitgliedstaaten fördern. Dies wird durch loyale Zusammenarbeit auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte und durch die Achtung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit erreicht.

Der Dreivorsitz ist der festen Ansicht, dass die Konferenz zur Zukunft Europas konkrete Ergebnisse zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger erzielen und zur mittel- und langfristigen Entwicklung unserer Politik beitragen sollte, damit wir aktuelle und künftige Herausforderungen besser angehen können.⁵

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Die drei Vorseitze halten es für wichtig, dass eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 erzielt wird. Der MFR wird ein Schlüsselinstrument zur Unterstützung einer dauerhaften Erholung sein. Er soll den Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Fahrplan für die Erholung nach der Pandemie Unterstützung für anhaltende Investitionen in die strategischen Ziele der EU und in alle Politikmaßnahmen bieten. Zusammen mit einem Aufbaufonds wird der nächste MFR die ehrgeizige Antwort sein, die Europa benötigt, und er wird unsere gemeinsamen Prioritäten unterstützen. Der Dreivorsitz verpflichtet sich, sich unermüdlich um die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu bemühen und die noch ausstehenden sektoralen Vorschläge so bald wie möglich fertigzustellen; zugleich wird er dabei das vom Europäischen Rat erteilte Mandat strikt einhalten. Der Dreivorsitz wird alles in seiner Macht Stehende tun, damit es nicht zu unnötigen Verzögerungen bei der Umsetzung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 und der damit zusammenhängenden Programme kommt. Die rechtzeitige Annahme von Rechtsvorschriften für alle investitionsbezogenen und sonstigen maßgeblichen Politikmaßnahmen ist von entscheidender Bedeutung, damit die Reaktion im Hinblick auf die Folgen der COVID-19-Pandemie sowie auf andere strategische Ziele der Union und die anhaltenden Herausforderungen, die sich ihr stellen, angemessen und energisch ausfällt.

⁵ Siehe Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 12. Dezember 2019.

Künftige Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Am 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union ausgetreten. Sofern keine Verlängerung vereinbart wird, endet die Übergangszeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs am 31. Dezember 2020. In seinen Schlussfolgerungen vom 13. Dezember 2019 bekräftigte der Europäische Rat, dass er den Wunsch hat, möglichst enge künftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich im Einklang mit der Politischen Erklärung und unter Achtung der früher vereinbarten Leitlinien des Europäischen Rates und der Aussagen und Erklärungen, insbesondere jener vom 25. November 2018, zu begründen. Der Europäische Rat bekräftigte insbesondere, dass die künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich auf einem ausgewogenen Verhältnis von Rechten und Pflichten beruhen müssen, wobei faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen sind. Im Einklang mit den Leitlinien und Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und der Politischen Erklärung hat der Rat am 25. Februar 2020 Verhandlungsrichtlinien angenommen, in denen Umfang und Bedingungen der künftigen Partnerschaft festgelegt sind, die zwischen der Europäischen Kommission und dem Vereinigten Königreich auszuhandeln ist. Der Dreivorsitz wird sich darum bemühen, dass nach Ablauf des Übergangszeitraums eine umfassende Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich, die für alle Mitgliedstaaten fair und gerecht und im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger ist, in Kraft treten kann.

Das angepasste Arbeitsprogramm der Kommission für 2020

Der Dreivorsitz wird das angepasste Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 berücksichtigen. Er würdigt, dass die Kommission uneingeschränkt daran festhält, alle ihre im ursprünglichen Programm angekündigten wichtigen Initiativen zu verwirklichen, und dass die Vorschläge, die für die unmittelbare Erholung unerlässlich sind oder diese unterstützen, wie ursprünglich geplant angenommen werden. Der Dreivorsitz ersucht die Kommission, alle wichtigen Initiativen, die sich wegen der Pandemie verzögert haben, möglichst zügig anzunehmen. Der Dreivorsitz begrüßt die Absicht der Kommission, die strategische Vorausschau stärker zu nutzen, um einen pragmatischeren und längerfristigen Ansatz zu verfolgen, mit dem die Ausrichtung der Politik der Union in den kommenden Jahren unterstützt wird.

II. SCHUTZ DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER UND DER FREIHEITEN

Die drei Vorsitze glauben unumstößlich an die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und unseren offenen Gesellschaftsmodellen, die die Grundlage der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands in Europa bilden. In diesem Zusammenhang sehen die drei Vorsitze dem anstehenden Europäischen Aktionsplan für Demokratie und den begleitenden Vorschlägen, auch zu Freiheit, Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien, erwartungsvoll entgegen. Der Dreivorsitz unterstreicht die entscheidende Rolle freier und pluralistischer Medien, deren faktengestützte, rechtzeitige und glaubwürdige Berichterstattung und deren Engagement für die Bekämpfung von Desinformation noch nie so wichtig waren wie heute.

Der Dreivorsitz sieht auch der neuen Strategie zur Umsetzung der Charta der Grundrechte erwartungsvoll entgegen. Der Dreivorsitz ist bestrebt, dem im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention neue Impulse zu verleihen. Er wird die kulturelle und religiöse Vielfalt sowie die Teilhabe junger Menschen fördern, und er betrachtet einen regelmäßigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern als wichtigen Faktor für eine bessere Umsetzung der EU-Politik.

Die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie brachte beispiellose Einschränkungen der Lebensweise, der Freiheit und der demokratischen Rechte unserer Gesellschaften mit sich. Der Dreivorsitz steht bereit, um die uneingeschränkte Anwendung der Werte der Union, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, in der gesamten EU zu unterstützen.

Der Dreivorsitz sieht der Einrichtung eines europäischen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gilt, erwartungsvoll entgegen. Mit diesem Präventivinstrument soll ein vertiefter konstruktiver Dialog zwischen den Mitgliedstaaten erreicht und ein gemeinsames Bewusstsein für die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten gefördert werden. Zu diesem Zweck wird der Dreivorsitz einen umfassenden Dialog im Rat über alle Elemente des Jahresberichts der Kommission organisieren.

Die Förderung der Einheit zwischen den Mitgliedstaaten und des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit, die Achtung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Förderung des Regierens auf mehreren Ebenen werden die Leitprinzipien der achtzehn Monate sein.

Der Dreivorsitz engagiert sich für die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung, einschließlich der Gleichstellung und der Rechte der Geschlechter und von LGBTQIA+, die Förderung der kulturellen Vielfalt, die Schaffung von Chancengleichheit für alle, die Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung, einschließlich Hassverbrechen, und die Bekämpfung häuslicher Gewalt. Die drei Vorseitze begrüßen die neue Strategie der Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter (2020-2025), in der unter anderem Fragen der geschlechtsspezifischen Gewalt und der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt behandelt werden. Verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz sind ein nützlicher Schritt im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter. In diesem Zusammenhang sieht der Dreivorsitz dem anstehenden diesbezüglichen Vorschlag erwartungsvoll entgegen. In dem Bewusstsein, dass ältere Menschen unverhältnismäßig stark von der COVID-19-Pandemie betroffen waren, werden wir die Solidarität zwischen den Generationen, das Altern in Würde und einen besseren Schutz der Rechte älterer Menschen und anderer schutzbedürftiger Erwachsener fördern. Wir dürfen nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie Ungleichheiten und Diskriminierungen gleich welcher Art verstärkt.

Die drei Vorseitze verpflichten sich, die Arbeit des Rates zur Verhütung und Bekämpfung von Antisemitismus besser zu koordinieren, insbesondere im Hinblick auf den Austausch bewährter Verfahren.

Der Dreivorsitz wird unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips und Wahrung der europäischen Lebensweise die kulturelle Vielfalt im Hinblick auf die weltweit wichtige Kultur- und Kreativbranche und die Auswirkungen ihres Schaffens auf Gesellschaft und Wirtschaft fördern.

Der digitale Wandel bringt Chancen, aber auch Herausforderungen in Bezug auf die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger mit sich. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, dass im Zuge der Digitalisierung die Grundrechte und die gemeinsamen Werte geachtet werden.

Die drei Vorsitze begrüßen das Weißbuch der Kommission zur künstlichen Intelligenz und sehen den Folgemaßnahmen in allen Dimensionen, einschließlich Forschung und Innovation, Anwendungen in der Bildung, ethischer und menschenzentrierter Aspekte, der globalen Governance, eines risikobasierten Rechtsrahmens und des Aspekts der Haftung bei künstlicher Intelligenz, erwartungsvoll entgegen. Darüber hinaus wird der Dreivorsitz darauf hinarbeiten, dass unsere Gesellschaften besser vor böswilligen Cyberaktivitäten, hybriden Bedrohungen und Desinformation geschützt werden. Eine transparente, zeitnahe und faktengestützte Kommunikation wird angestrebt, um die Resilienz unserer Gesellschaften zu stärken. Der anstehende Rechtsakt über die Betriebsstabilität und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen im Bereich der Finanzdienstleistungen und die Überarbeitung der Richtlinie über Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) werden in dieser Hinsicht nützliche Schritte sein. Der Dreivorsitz wird sich auf europäischer Ebene verstärkt um ein verbindliches Mindestniveau an Informationstechnologiesicherheit (IT-Sicherheit) für Geräte, die mit dem Internet verbunden sind, bemühen.

Die drei Vorsitze begrüßen die Ankündigung der Kommission, einen neuen Migrationspakt und begleitende Gesetzgebungsvorschläge vorzulegen, und verpflichten sich, diese vorrangig voranzubringen. Die EU braucht eine umfassende dauerhafte und vorhersehbare Lösung für die Migration. Diese Lösung müsste ein funktionsfähiges, resilientes und krisenfestes Gemeinsames Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität umfassen. Es müssen Lösungen für Situationen gefunden werden, in denen ein unverhältnismäßig hoher Migrationsdruck auf einem oder mehreren Mitgliedstaaten lastet. Ergänzend dazu müssen sowohl die legalen Migrationswege als auch die Rückführung/Rückkehr verbessert werden.

Im Rahmen dieses umfassenden Ansatzes sollten auch illegale Migration, Menschenhandel und Schleuserkriminalität stärker bekämpft und gleichzeitig die Ursachen von Migration und Vertreibung angegangen werden. Die externe Dimension sollte durch eine Stärkung der Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern angegangen werden.

Was das Funktionieren von Schengen und den Schutz der Außengrenzen der EU anbelangt, so wird sich der Dreivorsitz auf die Durchführung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache, die Umsetzung der in den Interoperabilitätsverordnungen vorgesehenen neuen Funktionen und die Überarbeitung des Schengen-Evaluierungsmechanismus konzentrieren und alles daran setzen, das uneingeschränkte Funktionieren des Schengen-Raums wiederherzustellen. Die Bedeutung dieser Aspekte ist angesichts der Beschränkungen, die als Reaktion auf die COVID-19-Krise auferlegt wurden, noch deutlicher zutage getreten.

Neben der erfolgreichen Umsetzung des Interoperabilitätspakets sehen die drei Vorsitze weiteren Initiativen im Zusammenhang mit der neuen Strategie der EU für die Sicherheitsunion und zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs im Bereich Justiz und Inneres (JI), einschließlich unserer gemeinsamen Instrumente (EU-Informationssysteme), erwartungsvoll entgegen und werden sich um eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und Justiz in Straf- und Zivilsachen, unter anderem durch E-Justiz-Mechanismen, bemühen. Eine starke und anpassungsfähige polizeiliche Zusammenarbeit, die durch gut koordinierte gemeinsame Maßnahmen erleichtert wird, wird für die Förderung des freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs von entscheidender Bedeutung sein, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erholung von COVID-19 in den kommenden Monaten und Jahren zu fördern. Insbesondere wird es wichtig sein, wirksame Präventionsmaßnahmen umzusetzen und unseren Kampf gegen Terrorismus, schwere und organisierte Kriminalität, Radikalisierung und (gewalttätigen) Extremismus sowie grenzüberschreitende Kriminalität weiter zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Drittländern zu verbessern. Von besonderem Interesse könnte in diesem Zusammenhang der angekündigte Vorschlag der Kommission für eine gezielte Neufassung der Verordnung über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) sein, um die operative polizeiliche Zusammenarbeit zu verstärken.

Die EU muss die Resilienz unserer Gesellschaften weiter stärken, indem sie Pläne für geeignete Maßnahmen im Hinblick auf eine umfassende Koordinierung – unter uneingeschränkter Achtung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf den verschiedenen Ebenen der EU, der Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten – in Notfällen wie Pandemien oder großangelegten Cyberangriffen unterstützt und aufstellt. Die drei Vorsitze sind entschlossen, den Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie für die EU stellen, auch im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzes umfassend Rechnung zu tragen. Abhängig von den aktuellen Entwicklungen und auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen werden die Vorsitze bestrebt sein, die Krisenreaktion der EU weiter zu verbessern und das Katastrophenschutzverfahren der Union zu stärken, einschließlich der Weiterentwicklung von rescEU und anderen Kapazitäten und der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vorratshaltung von unentbehrlichem Gesundheitsmaterial und der Rückführung von in Drittländern gestrandeten Bürgerinnen und Bürgern; ferner werden sie den Prozess der Erfahrungsauswertung durch die Einrichtung und den Start des EU-Wissensnetzes fortsetzen, das auf der Grundlage eines Pandemieszenarios systematisch weiterentwickelt werden soll.

III. ENTWICKLUNG UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN BASIS: DAS EUROPÄISCHE ZUKUNFTSMODELL

Die COVID-19-Pandemie wird sich dauerhaft auf die Wirtschaft der EU und auf die Weltwirtschaft auswirken. Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Bereitstellung von Liquidität für unseren Finanzsektor, die durch die Ankurbelung beispielloser Investitionen und die Gewährleistung der Finanzierungsstabilität der Mitgliedstaaten einer drohenden Rezession entgegenwirken, ist es wichtig, auch die langfristige Perspektive zu betrachten und die Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität der EU zu verbessern und weiterhin ein stabiles und günstiges Umfeld für Investitionen im Binnenmarkt zu schaffen. Daher ist es jetzt umso wichtiger, unsere wirtschaftliche Basis weiterzuentwickeln – was während der drei Vorsitze ein zentrales Element sein wird. Eine besondere Rolle bei der Verwirklichung dieser Ziele wird den Arbeiten zum Grünen Deal und zur digitalen Zukunft Europas, der Umsetzung des Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft, den Investitionen in Forschung und Innovation (F&I) und Kompetenzen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, den Lösungen für globale Herausforderungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zukommen.

Der Binnenmarkt ist eine der größten Stärken der EU und sollte weiterentwickelt werden. Die Grundsätze, Werte und Standards der EU bilden die Grundlage für die führende und aktive Rolle der EU bei der Förderung einer regelbasierten Weltordnung und gleicher Wettbewerbsbedingungen im In- und Ausland. Der Dreivorsitz wird auf die Stärkung der Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der Union in der Zukunft hinarbeiten. Dazu gehört die vollständige Wiederherstellung des Funktionierens des Binnenmarkts so wie vor der COVID-19-Krise, die Beseitigung der verbleibenden ungerechtfertigten Hindernisse im Binnenmarkt einschließlich im Dienstleistungssektor und die Gewährleistung der wirksamen und fairen Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, einschließlich der Vorschriften über den Investitionsschutz. Darüber hinaus muss die Binnenmarktpolitik auf die Industrie-, die KMU- und die Digitalpolitik der EU abgestimmt werden. Der Dreivorsitz ist auf die Weiterverfolgung des Berichts der Kommission über die Hindernisse im Binnenmarkt und des Aktionsplans zur Durchsetzung des Binnenmarkts vorbereitet. Die COVID-19-Pandemie zeigt, dass die Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts in Krisenzeiten von entscheidender Bedeutung ist. Um unter anderem das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Union nach der Pandemie zu steigern, werden eine bessere Rechtsetzung sowie die Verringerung der Befolgungskosten und des Verwaltungsaufwands ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Da KMU eine entscheidende Rolle für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in unseren Gesellschaften spielen, benötigen sie verlässliche und stabile Rahmenbedingungen, die einen integrierten, kohärenten und zukunftsorientierten Ansatz und eine systematische und kohärente Umsetzung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ widerspiegeln. Um dies zu gewährleisten, stehen die drei Vorsitze bereit, die KMU-Strategie der Kommission weiterzuführen und weiterzuentwickeln, damit die Politik der EU für kleine und mittlere Unternehmen gestärkt wird.

Die Stärkung der KMU und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa ist ein wesentliches Ziel des Dreivorsitzes, da dies der wirtschaftlichen Souveränität Europas dient und dessen Resilienz fördert. Die Strategie der EU zur Erholung von der COVID-19-Krise und die langfristige Strategie für nachhaltiges Wachstum erfordern zudem eine ehrgeizige Strategie für die Industriepolitik der EU, die sich auch mit dem Wettbewerb, den Vorschriften für staatliche Beihilfen und den allgemeinen Rahmenbedingungen befasst und die Schlüsseltechnologien stärkt, unter anderem durch die Angleichung der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik und die Förderung der technologischen Autonomie der EU. Wichtige Bestandteile dieser Strategie werden die Ermittlung strategischer Wertschöpfungsketten, die Neugestaltung industrieller Ökosysteme und weitere Arbeiten zur Ermittlung von Industrieallianzen und wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) sein. Der Dreivorsitz wird auf der EU-Industriestrategie der Kommission aufbauen und die nächsten Schritte für deren Umsetzung und Überwachung vorschlagen. Darüber hinaus wird der Dreivorsitz die laufende Bewertung der Wettbewerbsregeln durch die Europäische Kommission verfolgen und, wenn die Ergebnisse der Bewertung vorliegen, diesen Ergebnissen, potenziellen Änderungen und der Modernisierung des europäischen Wettbewerbsrahmens vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen und des digitalen Wandels Geltung verschaffen. Außerdem sollen die Effizienz, die Innovationsorientierung und die Nachhaltigkeit des öffentlichen Beschaffungswesens verbessert werden, wobei den während der COVID-19-Krise gewonnenen Erkenntnissen und der notwendigen Wiederankurbelung der Wirtschaft in der EU Rechnung getragen werden soll.

Eine wirksame und flexible Kohäsionspolitik sollte Investitionen zur Bewältigung der enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen infolge der COVID-19-Krise sicherstellen; zudem sollte auch in einen innovativen, intelligenten wirtschaftlichen und sozialen Wandel hin zu einem grüneren, CO₂-armen Europa investiert werden. Die Kohäsionspolitik sollte sich auf alle Regionen⁶ erstrecken, ihre Wettbewerbsfähigkeit fördern, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt stärken und Ungleichheiten verringern. Der Dreivorsitz wird alles in seiner Macht Stehende für die rechtzeitige Annahme des Legislativpakets zur Kohäsionspolitik tun, damit unverzüglich mit der Umsetzung des neuen Zyklus der Kohäsionspolitik begonnen werden kann.

Der Dreivorsitz wird ausloten, welche Rolle die Finanz- und Wirtschaftspolitik für nachhaltiges und integratives Wachstum spielen kann.

Die Finanzierung der Wirtschaft muss robuster werden, auch vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise. Zu diesem Zweck sollten die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in all ihren Dimensionen als Priorität und die Arbeiten an allen Aspekten der weiteren Stärkung der Bankenunion sowie die Stärkung der Kapitalmarktunion in der vereinbarten Weise fortgesetzt werden. Insbesondere sehen die drei Vorseite den anstehenden Überprüfungen der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente zur Aufhebung der Richtlinie 2004/39/EG (MiFID II) und der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR), der Benchmark-Verordnung sowie den Vorschlägen zur Umsetzung der endgültigen Basel-III-Reformen erwartungsvoll entgegen. Fortschritte in diesen Bereichen werden überdies die internationale Rolle des Euro stärken, die dem weltweiten wirtschaftlichen und finanziellen Gewicht der Union entsprechen sollte. Der Dreivorsitz betrachtet die Überprüfung der Richtlinie „Solvabilität II“ als Gelegenheit für eine gezielte Weiterentwicklung eines der weltweit fortschrittlichsten Aufsichtssysteme.

Von besonderem Interesse sind die Anpassung des Finanzsektors an das digitale Zeitalter, die anstehenden Vorschläge zu Kryptoanlagen und zur operativen Resilienz und Cyberabwehrfähigkeit im Bereich der Finanzdienstleistungen sowie die Strategie zur Digitalisierung des Finanzsektors und eine darin eingebettete Strategie für ein europäisches Zahlungssystem.

⁶ Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der in Artikel 349 AEUV genannten Regionen.

Die drei Vorsitze werden den Kampf der EU gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unter anderem auf der Grundlage des Aktionsplans der Kommission für eine umfassende Politik der Union zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verbessern.

Die Mobilisierung eines nachhaltigen Finanzwesens und eine stärkere finanzielle Inklusion können dazu beitragen, dass die Agenda 2030, ihre 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und die Ziele des europäischen Grünen Deals erreicht werden. Daher sehen die drei Vorsitze einer erneuerten Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen, die den Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa ergänzen wird, erwartungsvoll entgegen.

Damit der Binnenmarkt ordnungsgemäß funktionieren kann, müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen und eine faire und wirksame Besteuerung gewährleistet sein. Die drei Vorsitze beabsichtigen, die faire Besteuerung in einer immer stärker digitalisierten Wirtschaft weiter zu fördern – insbesondere im Hinblick auf eine wirksame Mindestbesteuerung – und die im Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug dargelegten Initiativen voranzubringen. Sie werden die Überarbeitung der Richtlinie über Tabakverbrauchsteuern und der Energiebesteuerungsrichtlinie voranbringen.

Der Schutz vor der Einfuhr nachgeahmter Waren an den EU-Grenzen und die Ausschöpfung des Potenzials der EU-Zollvorschriften sind von wesentlicher Bedeutung für die Stärkung der Zollunion. Die drei Vorsitze sehen dem anstehenden Aktionsplan zur Zollunion und dem Vorschlag zur Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle für Zollbehörden („Single Window“) erwartungsvoll entgegen.

Der Rahmen für die Rechte des geistigen Eigentums ist für die Innovation in der EU als Querschnittsthema für alle Wirtschaftszweige von großer Bedeutung. Der Dreivorsitz wird auf eine kohärente Strategie für geistiges Eigentum hinarbeiten.

Die EU braucht eine geeignete, leistungsfähige und ressourceneffiziente Infrastruktur, damit sie in vollem Umfang von dem zweifachen Übergang, d.h. dem Übergang zu einer grünen Wirtschaft und dem digitalen Wandel, profitieren kann.

Ziel des Dreivorsitzes ist die Verwirklichung der Energieunion durch einen integrierten, vernetzten und einwandfrei funktionierenden europäischen Energiemarkt mit Schwerpunkt auf nachhaltiger Energie und dem Übergang zur Klimaneutralität. Er wird sondieren, inwieweit der Energiesektor nach der COVID-19-Pandemie zur Erholung beitragen kann. Die drei Vorseitze werden die enge Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Governance der Energieunion und des Rahmens für die Energiepolitik bis 2030 fördern. Darüber hinaus sehen sie den Initiativen der Kommission für den Energiesektor erwartungsvoll entgegen, unter anderem einem neuen Konzept für die Nutzung des Offshore-Potenzials Europas im Bereich der erneuerbaren Energien, innovativen Kraftstoffen und den Maßnahmen zur Förderung der intelligenten Sektorenintegration, einschließlich der Erleichterung der Dekarbonisierung des Gassektors und der Anpassung der bestehenden Verordnung über die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) an die Perspektiven einer klimaneutralen Wirtschaft, um zu einer zweckgerechten Energieinfrastruktur zu gelangen.

Ein sicherer, innovativer und vernetzter Verkehr, einschließlich der Förderung alternativer nachhaltiger Kraftstoffe und Antriebe, wird eine Priorität darstellen, ebenso wie die Interoperabilität und Nachhaltigkeit der Konnektivität in Europa durch das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V). Der Dreivorsitz sieht der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität erwartungsvoll entgegen und verpflichtet sich, die Arbeit an den zentralen Vorschlägen aufzunehmen. Der Dreivorsitz wird darauf hinarbeiten, das Funktionieren der Lieferketten in Zeiten unionsweiter Herausforderungen sicherzustellen, und sich mit den Auswirkungen der COVID-19-Krise auf das Verkehrssystem, insbesondere in der Zivilluftfahrt, befassen. Ziel des Dreivorsitzes ist die Stärkung des Verkehrssektors und seiner Resilienz. Darüber hinaus wird der Dreivorsitz die Auswirkungen der Pandemie auf die Verkehrsströme innerhalb der EU, auf die Verkehrsunternehmen in allen Verkehrszweigen und auf die Verkehrsinfrastruktur analysieren.

Die drei Vorsitze sind überzeugt, dass der digitale Wandel den Alltag in Europa prägen wird, dass Europa aber auch Einfluss auf seine Gestaltung hat. Er stellt eine Chance, aber auch eine Herausforderung für die EU und ihr Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell sowie für ihre Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität dar. In diesem Zusammenhang werden die drei Vorsitze der Digitalisierung von Dienstleistungen und Organisationen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, besondere Aufmerksamkeit widmen. Um ein verantwortungsvolles innovatives, nachhaltiges und wettbewerbsfähiges europäisches digitales Ökosystem zu erhalten und zu fördern, insbesondere in Sektoren von strategischer Bedeutung und im Bereich der digitalen Schlüsseltechnologien und -infrastrukturen (einschließlich Dateninfrastrukturen), muss die digitale Souveränität der EU weiter gestärkt werden. In dieser Hinsicht ist künstliche Intelligenz eine Schlüsseltechnologie mit einem enormen Potenzial für die Wertschöpfung. Vor diesem Hintergrund sieht der Dreivorsitz den anstehenden Vorschlägen, die auf die Mitteilung zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, das Weißbuch zur künstlichen Intelligenz, die europäische Datenstrategie und das Gesetz über digitale Dienste folgen werden, und den weiteren Bemühungen im Rahmen der europäischen Blockchain-Partnerschaft sowie dem angekündigten Aktionsplan für Medien und den audiovisuellen Sektor erwartungsvoll entgegen.

Die Digitalisierung hat weitreichende Auswirkungen und muss daher bei allen internen und externen Politikmaßnahmen der Union kohärent berücksichtigt werden. Entwicklung von Infrastrukturen, Konnektivität (einschließlich Gigabit-Konnektivität bis 2025 und 5G), nutzerorientierte Dienste sowie deren Schutz in Krisenzeiten sowie Verbesserung von Vorschriften, Investitionen, Chancen und Auswirkungen im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaschutz oder nachhaltiger Entwicklung und Gesundheit – all dies wird eine wichtige Rolle spielen. Die Schaffung eines ausreichenden Daten-Ökosystems gemäß der Datenstrategie der Europäischen Kommission (einschließlich Dateninfrastruktur, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre, verantwortungsvoller Nutzung von Daten, Datenräumen, Datenzugang, Datenaustausch und Datensicherheit) wird eine entscheidende Rolle für den Erfolg Europas bei der Gestaltung des digitalen Wandels spielen.

Die europäischen Forschungs-, Gesundheits- und Bildungssysteme müssen bereit sein, die Herausforderungen des technologischen und gesellschaftlichen Wandels, auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, und der Förderung von Innovation für Wachstum und Beschäftigung in vollem Umfang zu bewältigen, indem Forschung und Innovation, bessere Leistungen im Gesundheitswesen und Investitionen in die Kompetenzen und die Bildung der Menschen gefördert werden und Synergien innerhalb der europäischen Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsgemeinschaften angestrebt werden, um das Potenzial von Forschung und Innovation in der gesamten Union voll auszuschöpfen – auch zur Überwindung der COVID-19-Krise. In diesem Zusammenhang begrüßt der Dreivorsitz die Mitteilung der Kommission über die Zukunft von Forschung und Innovation sowie den Europäischen Forschungsraum, den aktualisierten Aktionsplan für digitale Bildung, die Weiterentwicklung des europäischen Bildungsraums und den neuen strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die aktualisierte Kompetenzagenda und sieht den Folgemaßnahmen im Rat erwartungsvoll entgegen. Die Erfahrungen mit den Herausforderungen während des COVID-19-Ausbruchs zeigen, dass die Bereiche Bildung, Kompetenzen und Forschung ausreichend flexibel und gegen Unterbrechungen in ihren regulären Zyklen resistent sein müssen. Die Nutzung des Potenzials von Bildung, Forschung und Innovation für transformative Lösungen und die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordern einen mehrstufigen Ansatz, bei dem die Anstrengungen in diesen Politikbereichen auf allen Ebenen innerhalb jeder sektorbezogenen Initiative strategisch gebündelt und auf EU-Ebene in einen gemeinsamen Ansatz integriert werden. Gleichzeitig wird eine Neugestaltung des Europäischen Forschungsraums erforderlich sein, um der Vertragsverpflichtung gerecht zu werden, einen Raum zu schaffen, in dem Forschende eine wirklich europäische Laufbahn verfolgen können und – wie Wissen und Technologien – sich frei über Grenzen und Systeme hinweg bewegen können. Besondere Aufmerksamkeit wird auch den ethischen Aspekten des erneuerten Europäischen Forschungsraums (EFR) und der Bürgerwissenschaft gelten: Hierzu werden die drei Vorsitze einige gemeinsame Tätigkeiten durchführen. Als Reaktion auf die COVID-19-Krise werden die Vorsitze die Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) zur Einrichtung gemeinsamer EU-Laboratorien für die Entwicklung von Arzneimitteln und Impfstoffen unterstützen.

Die drei Vorsitze werden sich um die rechtzeitige Annahme der Legislativvorschläge im Rahmen der Programme „Horizont Europa“ und „Erasmus+“, einschließlich der Neufassung der Verordnung über das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und des Beschlusses über die Strategische Innovationsagenda des EIT für den Zeitraum 2021-2027, bemühen, damit unverzüglich mit der Umsetzung des neuen Politikzyklus begonnen werden kann. Dies gilt auch für andere EU-Programme wie „Digitales Europa“, „Kreatives Europa“ und „Europäisches Solidaritätskorps“.

Der Verbraucherschutz muss an die Herausforderungen des digitalen Wandels und der Agenda 2030 angepasst und gegebenenfalls im Hinblick darauf gestärkt werden. Die Schutzbedürftigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher in verschiedenen Sektoren sollte berücksichtigt werden. Die drei Vorsitze unterstützen die Bemühungen der Kommission, die Durchsetzung des Verbraucherrechts zu verbessern und die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in ein hohes Verbraucherschutzniveau und transparente Verbraucherinformationen sind wichtige Faktoren, die zur Erholung der europäischen Wirtschaft nach der COVID-19-Krise beitragen. Der Dreivorsitz erwartet, dass die gewonnenen Erkenntnisse in die Verbraucheragenda der Kommission einfließen, und beabsichtigt, konkrete Vorschläge, etwa zum gemeinsamen Ladegerät, und die Überarbeitung der Roaming-Verordnung rasch voranzubringen, und sieht weiteren Vorschlägen wie der Überarbeitung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit erwartungsvoll entgegen.

Die EU muss einen wettbewerbsfähigen Raumfahrtsektor und seine Integration in die europäische Wirtschaft fördern, indem die Nutzung von Weltraumtechnologien und -anwendungen zur Unterstützung der staatlichen Politik verstärkt wird. Auf der Grundlage der Annahme der vorgeschlagenen Verordnung über ein europäisches Raumfahrtprogramm und der Umwandlung der Agentur für das Europäische GNSS (GSA) in die EU-Agentur für das Weltraumprogramm (EUSPA) wollen die drei Vorsitze den Weg für eine neue Ära der Weltraumtätigkeiten der EU ebnen. Sie werden sich auch um die Festlegung eines europäischen Standpunkts zu den wichtigsten Grundsätzen der globalen Weltraumwirtschaft und die Entwicklung von „New Space“, einschließlich marktorientierter Ansätze und der Öffnung des Weltraums für neue Akteure, bemühen.

Die Tourismusbranche in der EU, die von der derzeitigen COVID-19-Krise besonders stark betroffen ist, insbesondere KMU und die Zivilluftfahrt, muss unterstützt werden. Der Dreivorsitz steht bereit, um gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Kommission an einer gemeinsamen und koordinierten Reaktion im Einklang mit dem Fahrplan für die Erholung nach der Pandemie zu arbeiten, die eine schrittweise und sichere Wiederaufnahme der Tourismusaktivitäten, die Förderung eines nachhaltigen Tourismus und die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten wird. Diese Reaktion sollte kurzfristige Soforthilfe, Unterstützung für Unternehmen sowie die langfristige Erholung umfassen.

IV. VERWIRKLICHUNG EINES KLIMANEUTRALEN, GRÜNEN, FAIREN UND SOZIALEN EUROPAS

a. Verwirklichung eines klimaneutralen und grünen Europas

Die drei Vorsitze sind uneingeschränkt dem Ziel verpflichtet, in der EU bis 2050 – im Einklang mit den Zielsetzungen des Übereinkommens von Paris – Klimaneutralität zu erreichen, wobei sichergestellt werden soll, dass dieser Übergang kosteneffizient, gerecht, sozial ausgewogen und fair sowie ohne Einbußen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU erfolgt. In diesem Zusammenhang begrüßt der Dreivorsitz die Mitteilung der Kommission über den europäischen Grünen Deal und die Investitionsoffensive für ein nachhaltiges Europa, mit denen sich die drei Vorsitze vorrangig befassen werden, einschließlich des europäischen Klimagesetzes, der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und anderer Legislativvorschläge, die 2020-2021 folgen werden. Der Dreivorsitz ist entschlossen, alle diese Initiativen voranzubringen und die Klimaschutzmaßnahmen sowohl in der EU als auch im Rahmen außenpolitischer Maßnahmen zu verstärken, indem er sich insbesondere darauf verständigt, im Einklang mit unseren Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris und nach einer gründlichen Folgenabschätzung dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) im Jahr 2020 eine Aktualisierung des national festgelegten Beitrags (NDC) vorzulegen.

In Bezug auf Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Abfallbewirtschaftung begrüßen die drei Vorsitze den neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und sind bereit, alle daraus hervorgehenden Initiativen voranzubringen. Verbraucher spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft voranzutreiben, und der Dreivorsitz sieht dem Vorschlag der Kommission zur Stärkung der Verbraucher diesbezüglich erwartungsvoll entgegen.

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen sind ein weiteres Schlüsselement des grünen Wandels. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden federführend und verstärkt gegen den Verlust an biologischer Vielfalt vorgehen – auch im Hinblick auf den Zusammenhang, der zwischen biologischer Vielfalt und menschlicher Gesundheit besteht. Der Dreivorsitz unterstützt die Zusage der EU, mit gutem Beispiel voranzugehen und einen wesentlichen Beitrag zur Annahme eines ehrgeizigen globalen Rahmens für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 und zu seiner Umsetzung zu leisten. Die drei Vorsitze werden sich für eine nachhaltige und kreislauforientierte Landwirtschaft und Fischerei, nachhaltige und kreislauforientierte Ernährungssysteme, eine nachhaltige Forstwirtschaft im Einklang mit einer verstärkten EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020, die sich auf den gesamten Waldzyklus erstreckt und die zahlreichen Leistungen der Wälder fördert, sowie für eine nachhaltige Bioökonomie einsetzen und den Schwerpunkt dabei unter anderem auf eine sichere Nahrungsmittelversorgung und intakte Lebensmittelversorgungsketten in Krisenzeiten, Tierschutz sowie die hoffentlich erfolgreiche Durchführung des 8. Umweltaktionsprogramms setzen. Besonderes Augenmerk wird auch auf einer nachhaltigen Wasserwirtschaft sowie einer umfassenden Agenda für die Weltmeere, einschließlich blauen Wachstums, liegen.

Die Resilienz der Landwirtschaft und die Vitalität des ländlichen Raums in der gesamten EU sind für den territorialen Zusammenhalt sowie den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu sicheren und erschwinglichen Nahrungsmitteln von zentraler Bedeutung. Die drei Vorsitze werden alles daran setzen, dass die Legislativvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) rechtzeitig angenommen werden, sodass unverzüglich mit der Umsetzung des neuen Politikzyklus begonnen werden kann.

Was den Mechanismus für einen gerechten Übergang betrifft, so sind die drei Vorsitze zudem entschlossen, auf die rechtzeitige Annahme des Legislativvorschlags für einen Fonds für einen gerechten Übergang hinzuwirken.

Der Dreivorsitz betont, dass die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der darin verankerten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass eine bessere und nachhaltigere Zukunft für alle erreicht und niemand zurückgelassen wird. Aus diesem Grund sollte die Agenda 2030 in der angemessenen Detailliertheit in allen externen und internen EU-Politikbereichen durchgängig berücksichtigt werden.

b. Verwirklichung eines fairen und sozialen Europas

Die drei Vorsitze sind von den Stärken des europäischen Sozialmodells überzeugt und vertreten die Ansicht, dass weitere Fortschritte durchaus möglich sind.

Für die tatsächliche Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte kann mehr getan werden. Der Dreivorsitz ist entschlossen, diese Arbeit auf der Grundlage der derzeitigen Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten voranzubringen. Eines seiner Ziele besteht darin, die Aufwärtskonvergenz in der EU zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das soll insbesondere mithilfe eines EU-Rahmens für nationale Mindestlöhne, mit Instrumenten zum Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen in Zeiten wirtschaftlicher Erschütterungen, durch den Zugang zu Sozialschutz für alle Arbeitnehmer und Selbstständigen, insbesondere die sozial schwächsten Gruppen, und durch bessere soziale Inklusion erreicht werden. Der Dreivorsitz wird die Anstrengungen zur Armutsbekämpfung verstärken, indem er eine Debatte über künftige Initiativen zur Mindesteinkommenssicherung anregt. Um die sozialen Folgen der Pandemie abzufedern, muss entsprechend reagiert werden. Sowohl die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten als auch die ergriffenen Maßnahmen müssen unterstützt werden. Die Vorschläge, die in Bezug auf Mindesteinkommensregelungen und eine Arbeitslosenrückversicherungsregelung angekündigt wurden und die der Rat zu prüfen beabsichtigt, die Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie Garantien für Kinder sind wichtige Schritte zur weiteren Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.

Die beschäftigungs- und sozialpolitische Arbeit wird vor allem auf die Folgen der COVID-19-Krise ausgerichtet sein. Dazu gehören auch die Themen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitnehmerschutz bei prekären, insbesondere atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Rückgriff auf flexible Arbeitsformen wie Telearbeit, auch mit digitalen Hilfsmitteln.

Die drei Vorsitze werden die Bemühungen um eine EU-weit kohärente Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik vorantreiben. Sie fordern, dass eine neue Mitteilung über die soziale Verantwortung von Unternehmen (SVU) einschließlich eines EU-Aktionsplans für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln ausgearbeitet wird, die den Erfahrungen und Lehren der COVID-19-Krise Rechnung trägt.

Die Arbeit und die Arbeitsbedingungen sind – nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung und der Alterung der Bevölkerung – in einem rasanten Wandlungsprozess begriffen. Im Hinblick auf eine aktive Gestaltung der Zukunft der Arbeit sieht der Dreivorsitz den angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Gesundheit aller Arbeitnehmer und der Arbeitsbedingungen von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern, Telearbeitern und Arbeitnehmern in anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen erwartungsvoll entgegen.

Die Bewältigung der demografischen Herausforderungen erfordert weitere Maßnahmen. Es gilt, die Teilhabe aller Gruppen am Arbeitsmarkt und die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Generationen zu stärken. Künstliche Intelligenz wird für die Entwicklungen im Bereich der Arbeit und in der Gesellschaft zentrale Bedeutung haben. In der Beschäftigungspolitik werden die Bereiche Qualifikationen, Sicherheit und Schutz sowie der soziale Dialog eine besondere Rolle spielen. Der Zugang zu Berufsbildung und lebenslangem Lernen ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmer die am Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen erwerben und mit den Veränderungen Schritt halten können, selbst wenn diese akut und unerwartet sind.

Mit der aktualisierten Kompetenzagenda für Europa und dem Aktionsplan für Integration und Inklusion sollte ein inklusiver Zugang zu Bildung, auch mit digitalen Mitteln, sichergestellt werden. Ohne Investitionen in Kompetenzen, einschließlich Umschulungs- und Weiterbildungsangebote, sowie in digitale Kompetenzen wird auf den zunehmenden Fachkräftemangel und sich wandelnden Arbeitsalltag nicht adäquat reagiert werden können.

Die Förderung von Kultur und Medien wird unter anderem zu inklusiven, von Zusammenhalt geprägten Gesellschaften beitragen, auch indem die Kultur- und Kreativbranche über das Programm „Kreatives Europa“ unterstützt wird. Der Dreiervorsitz sieht zudem Initiativen der Kommission im Zusammenhang mit einer Kindergarantie und einer Jugendgarantie erwartungsvoll entgegen.

Die Politik der Union für eine bürgerfreundliche EU wird weiter zu Entwicklung, Wachstum und angemessenen Lebensbedingungen beitragen, indem sie den besonderen Bedürfnissen von ländlichen Gebieten und Küstengebieten Rechnung trägt und die integrierte und nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen begünstigt. Die Union unterstützt eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle, indem sie unter anderem dafür sorgt, dass die Arzneimittellieferkette als wichtiger Aspekt des Zugangs zu Arzneimitteln abgesichert ist. In diesem Zusammenhang wird der Dreiervorsitz auch eng mit der Kommission bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung zusammenarbeiten. Der Dreiervorsitz verfolgt auch die Absicht, zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz beizutragen.

Durch die COVID-19-Pandemie ist deutlich geworden, dass bei bestimmten gesundheitsbezogenen Abläufen auf EU-Ebene Raum für Verbesserungen besteht – sowohl bei der gemeinsamen Beschaffung auf EU-Ebene als auch bei der Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen, antimikrobiellen Wirkstoffen und antiviralen Medikamenten. Die Rechtsvorschriften im Bereich Arzneimittel und Medizinprodukte sollten aktualisiert werden, damit im Fall einer Marktkrise rasch reagiert werden kann und ein Eigenversorgungsprinzip greift, unter anderem im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Arzneimitteln, Impfstoffen und medizinischer Ausrüstung. In diesem Zusammenhang nimmt der Dreiervorsitz die Absicht der Kommission zur Kenntnis, unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten dazu beizutragen, dass Europa bedarfsdeckend mit erschwinglichen Arzneimitteln versorgt wird. Die drei Vorsitze werden sich auch verstärkt mit den Rechtsvorschriften im Bereich der Umwidmung befassen, wobei eine gemeinsame Vorgehensweise bei der zügigen und effizienten Beschaffung von Daten im Rahmen klinischer Studien ermöglicht werden soll. Überlegungen zur Einrichtung gemeinsamer Behandlungseinrichtungen interessierter Länder werden unterstützt. Die Pandemievorsorge in der EU muss unter anderem auch durch die Förderung des digitalen Austauschs von Gesundheitsdaten – unter uneingeschränkter Achtung des Datenschutzes – sowie durch die Stärkung vorhandener europaweiter Strukturen wie des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) verbessert werden.

V. FÖRDERUNG DER INTERESSEN UND WERTE EUROPAS IN DER WELT

Die drei Vorsitze werden gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur wirksamen Vorbereitung von Gipfeltreffen und Treffen der EU-Führungsspitzen beitragen, die vom Präsidenten des Europäischen Rates mit Staats- und Regierungschefs aus Drittländern und -regionen sowohl im institutionellen Format der EU als auch im multilateralen Rahmen organisiert werden. Der Dreivorsitz wird in Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter auch für die Weiterverfolgung der Beratungen des Europäischen Rates über auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen sorgen.

Die drei Vorsitze werden eng mit dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten und ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben gemeinsam unterstützen und sich um das aktive Engagement und die gezielte Unterstützung aller Mitgliedstaaten für die Außenpolitik der Union bemühen.

Im Rahmen seiner Unterstützung für den Hohen Vertreter wird der Dreivorsitz möglichst viele konkrete Schritte unternehmen, damit die EU besser in der Lage ist, entschlossen und geeint zu handeln, wenn es darum geht, die Interessen und Werte Europas wirksam zu fördern und in der konfliktreichen heutigen Welt durch Stärkung des Multilateralismus und des VN-Systems eine regelbasierte internationale Ordnung im Einklang mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten zu verteidigen und weiter zu gestalten. Wir werden uns bemühen, die Stellung der EU als weltweit führender Akteur zu stärken, indem wir Frieden, Wohlstand und Menschenrechte für alle fördern.

Dazu muss die gesamte Palette der außenpolitischen Maßnahmen der Union mobilisiert und strategisch eingesetzt werden: von der Diplomatie über die Entwicklungspolitik, den Handel, internationale Kulturbeziehungen oder die Energiepolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente, bis hin zur aktiven Information und Kommunikation. Der Dreivorsitz ist entschlossen, gemeinsam mit dem Hohen Vertreter, allen EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten seinen Teil zu diesem gemeinsamen Unterfangen beizutragen, damit die EU in einer multilateralen Welt mit engen Beziehungen zwischen den Regionen als starker Akteur in Erscheinung treten kann. Dazu gehört auch, dass die EU auf komplexe Notsituationen reagieren können muss. Daher wird eine Priorität des Dreivorsitzes darin bestehen, die Krisenreaktion der EU und der EU-Mitgliedstaaten auf die COVID-19-Pandemie zu bewerten sowie Lücken und Herausforderungen, bewährte Verfahren und Ansätze zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Koordinierung zu ermitteln. Durch die Annahme und die Anwendung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit wird es möglich, unsere Interessen und Werte zu fördern und unsere Zusammenarbeit besser auf die außenpolitischen Prioritäten der EU abzustimmen.

Der Dreiervorsitz begrüßt den Beschluss, Beitrittsverhandlungen mit der Republik Albanien und der Republik Nordmazedonien aufzunehmen, und bekräftigt die EU-Perspektive für den westlichen Balkan und das Ziel, den Erweiterungsprozess im Hinblick auf den westlichen Balkan auf der Grundlage der jüngsten Mitteilung der Kommission über die Stärkung des Beitrittsprozesses gegebenenfalls fortzusetzen und die Zusammenarbeit zu vertiefen, wie es bei dem Gipfeltreffen von Zagreb vereinbart wurde.

In diesem Zusammenhang wird der Dreiervorsitz ein besonderes Augenmerk auf die Bewältigung der erheblichen sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Krise im westlichen Balkan und die Erholung seiner Volkswirtschaften legen; ein Anliegen ist dabei auch die Schaffung einer positiven Perspektive für junge Menschen. Der Dreiervorsitz wird die Konnektivität in all ihren Dimensionen unterstützen und so die zwischen der EU und der Region bestehenden Unterschiede im Entwicklungsstand verringern. Die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit gehört zum gemeinsamen Narrativ der EU, an das mit einer wirksamen, strategischen Kommunikation herangegangen werden sollte. Ein Schwerpunkt sollte auch darauf gelegt werden, dass noch offene Fragen behandelt werden und die Resilienz gegen hybride Bedrohungen und Desinformation durch eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen der GASP – unter anderem durch das Vorgehen gegen störende Einflüsse in der Region – gestärkt wird.

Die transatlantische Partnerschaft und die Handelsbeziehungen der EU zu den Vereinigten Staaten werden zu den zentralen Themen des Dreiervorsitzes gehören, der eng mit der Kommission und dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten wird, damit das Fortbestehen ausgewogener Beziehungen zum Vorteil beider Seiten gewährleistet ist.

Die EWR-Länder und die EFTA-Länder sind enge Partner. Eine enge Abstimmung mit den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten und der Schweiz über die Folgen der COVID-19-Pandemie ist äußerst wichtig, da die EFTA-Staaten über den EWR-Binnenmarkt und das enge Netz von Verträgen mit der Schweiz ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration mit der EU aufweisen.

Gemeinsam mit dem Hohen Vertreter und der Kommission wird der Dreivorsitz eine ehrgeizige Nachbarschaftspolitik in Richtung Osten und Süden verfolgen. Er ist besonders darum bemüht, die unmittelbaren geografischen Partner bei der erfolgreichen Überwindung der COVID-19-Krise und der Stärkung ihrer allgemeinen Resilienz zu unterstützen. Darüber hinaus wird der Dreivorsitz einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung des Hohen Vertreters bei den Bemühungen um Bewältigung großer Konflikte in der Nachbarschaft der Union und darüber hinaus legen, beispielsweise in Libyen, der Sahelzone, Syrien und der Ostukraine.

Der Dreivorsitz wird in Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter auch zur Vorbereitung und anschließenden Umsetzung der Zusagen beitragen, die auf dem bevorstehenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft eingegangen werden. Darüber hinaus wird die Arbeit an der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom Juni 2019 zum Engagement der EU im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum und der EU-Initiative Schwarzmeersynergie fortgesetzt werden.

Der Dreivorsitz unterstützt den Hohen Vertreter bei der Bestandsaufnahme bezüglich der fünf Grundsätze für die Beziehungen zwischen der EU und Russland, um die EU-Politik aktiv zu gestalten.

Die EU wird ihre Zusammenarbeit mit der OSZE verstärken, da diese aufgrund ihrer einzigartigen geografischen Reichweite, der Autonomie ihrer Institutionen, des Netzwerks von Aktivitäten vor Ort und ihres gesamten diplomatischen Potenzials einen wesentlichen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in Europa leisten kann.

Da die Region als Brücke zwischen Europa und Asien an geopolitischer Bedeutung gewinnt, wird die EU die zentralen Prioritäten der im Juni 2019 angenommenen neuen Strategie der EU für Zentralasien vorantreiben. Die EU wird sich um die Verbesserung der Konnektivität zwischen Europa und Asien im Sinne der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien bemühen.

Während der drei Vorsitze wird die EU die Bemühungen des Hohen Vertreters unterstützen und versuchen, die Zusammenarbeit mit dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) dahingehend zu verstärken, dass eine „strategische Partnerschaft“ erreicht wird. In diesem Zusammenhang lotet der Präsident des Europäischen Rates die Möglichkeit eines Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU und des ASEAN aus. Die EU wird sich im Rahmen des Asien-Europa-Treffens (ASEM), dessen 13. Gipfel für den 16./17. November 2020 in Phnom Penh (Kambodscha) geplant ist, weiter für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Asien einsetzen, und sie nimmt ein Treffen der Führungsspitzen der EU und Chinas in Aussicht. Darüber hinaus werden die jährlichen Gipfeltreffen der EU mit China, Indien, Japan und der Republik Korea vorbereitet. Der Dreivorsitz wird sein Engagement für die Umsetzung und Weiterentwicklung der EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien verstärken und dabei einen wertebasierten Ansatz verfolgen, bei dem ein Schwerpunkt eindeutig auf die Einhaltung internationaler Normen, Nachhaltigkeit und Transparenz gelegt wird. Im Mai 2021 soll in Porto auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates ein Treffen der Führungsspitzen der EU und Indiens stattfinden, das vom portugiesischen Ratsvorsitz ausgerichtet wird.

Das Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU), das im Oktober 2020 stattfinden soll, und die geplanten Ministertreffen EU-AU werden wichtige Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Afrika bieten. Die drei Vorsitze werden auch die Annahme von Beschlüssen des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Nachfolgeabkommens zum Cotonou-Abkommen fortsetzen.

Die Europäische Union sollte während der drei Vorsitze alles daran setzen, dass bei der Bekämpfung von COVID-19 die Solidarität mit Afrika gewährleistet ist. In enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter werden die drei Vorsitze dafür sorgen, dass die EU in ihren Beziehungen zu Afrika auf die Verwirklichung der auf dem Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union vereinbarten gemeinsamen Prioritäten hinarbeitet – dazu gehören dauerhafter Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent sowie nachhaltiges und integratives Wachstum, Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die menschliche Entwicklung – und sich dabei um gemeinsame und positive Lösungen für die Problemkreise Klima, Migration und Mobilität bemüht. Die EU wird auch das Wirtschaftsintegrationsprojekt der panafrikanischen Freihandelszone unterstützen und die interkontinentalen Bemühungen um die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen bestärken.

Der Dreivorsitz setzt sich gemeinsam mit dem Hohen Vertreter weiter für die Stärkung der politischen Partnerschaft der EU mit Lateinamerika und der Karibik ein. Die EU muss die Zusammenarbeit mit den Ländern in der Region fortsetzen und die angestrebten Ziele auf verschiedenen Wegen weiterverfolgen – auch durch die Aktualisierung der geltenden Abkommen wie im Falle Mexikos und Chiles und durch Fortschritte mit dem Mercosur. Angesichts der Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, muss die EU ihre globale Rolle in vollem Umfang wahrnehmen. Die verschiedenen Krisen in der Region, insbesondere in Venezuela, erfordern ein starkes politisches Engagement.

Der Dreivorsitz setzt sich weiterhin für einen offenen, ehrgeizigen und fairen, nachhaltigen und regelbasierten Handel ein. Die Handelspolitik ist entscheidender Bestandteil einer ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Krisenreaktion. Die Reform der WTO zur Stärkung der multilateralen regelbasierten Ordnung und die Reform der internationalen Regelung zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten sind in dieser Hinsicht von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig wird der Dreivorsitz weiterhin an ehrgeizigen bilateralen Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen arbeiten sowie für gleiche Wettbewerbsbedingungen und einen besseren Zugang zu den Märkten für öffentliche Aufträge sorgen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) mit Indonesien werden voraussichtlich 2021 abgeschlossen. Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland werden derzeit ausgehandelt und könnten im Laufe des Jahres 2021 zum Abschluss kommen. Die drei Vorseitze werden auch auf den Abschluss eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Thailand im Jahr 2021 hinarbeiten. Der Dreivorsitz wird sich für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur und des modernisierten Globalabkommens EU-Mexiko sowie für die Modernisierung des Assoziierungsabkommens mit Chile einsetzen. Er wird alles daran setzen, die Unterzeichnung des Abkommens über den Schutz geografischer Angaben und den Abschluss der Verhandlungen über ein ehrgeiziges und ausgewogenes umfassendes Investitionsabkommen mit China zu gewährleisten. Der Dreivorsitz wird auf eine mögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein ehrgeiziges Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Indien hinarbeiten.

Die EU wird sich um eine bessere Kooperation im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und eine durch Inklusion geprägte weitere Stärkung ihrer internationalen Partnerschaften in diesem Bereich bemühen. Die drei Vorsitze betonen, dass die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin verankerten Ziele für nachhaltige Entwicklung einen transformativen politischen Rahmen für die Beseitigung der Armut und nachhaltige Entwicklung in der ganzen Welt bietet, und sie werden sicherstellen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten, was Ambition und praktisches Handeln betrifft, weiter mit gutem Beispiel vorangehen. Der Dreivorsitz setzt sich in Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter auch weiterhin dafür ein, dass die weiterreichende Wirkung von EU-Maßnahmen auf internationaler und globaler Ebene thematisiert wird, und er erinnert an die Zusage der EU, sich für die Beseitigung von Hunger und Unterernährung einzusetzen. In diesem Zusammenhang begrüßen die drei Vorsitze den für 2021 anberaumten Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen und unterstreichen, dass die EU eine schlüssige Politik verfolgen muss. Darüber hinaus wird die Bewältigung der umfassenden Herausforderungen im Zusammenhang mit Wasser auf der Tagesordnung stehen: Es soll ein umfassendes Konzept für Wasser entwickelt werden, das dem Beziehungsgefüge zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden sowie ökologischen, globalen Gesundheits- und Ernährungsaspekten Rechnung trägt.

Um den Schlussfolgerungen des Rates vom 5. Dezember 2019 und den kurz- und langfristigen Maßnahmen aus dem Bericht der Gruppe der Weisen von 2020 Folge zu leisten, werden die drei Vorsitze auch an der Stärkung der europäischen Finanzarchitektur für Entwicklung arbeiten. Außerdem wird der Dreivorsitz die Arbeiten im Zusammenhang mit der Billigung des dritten Aktionsplans für die Gleichstellung durch den Rat und dessen Umsetzung lenken.

Zur Unterstützung der Bemühungen des Hohen Vertreters um die Förderung und weitere Stärkung einer wirksamen regelbasierten internationalen Ordnung setzt sich der Dreivorsitz uneingeschränkt dafür ein, dass der wirksamen und auf Verträgen beruhenden internationalen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen als Fundament für Frieden und Sicherheit in der Welt ein höherer Stellenwert zuerkannt wird.

Die COVID-19-Pandemie und andere Krisen haben weltweit weitreichende Auswirkungen auf den Bedarf an humanitärer Hilfe. Die EU wird sich während der den drei Vorsitze dafür einsetzen, dass Menschen in Not lebensrettende humanitäre Hilfe erhalten. In Fortsetzung der Arbeit des vorherigen Dreivorsitzes, insbesondere der Schlussfolgerungen des Rates vom November 2019 zum humanitären Völkerrecht, werden wir für die Wahrung des humanitären Raums und die Förderung des humanitären Völkerrechts eintreten. Wir möchten alle Mitgliedstaaten und die EU für die Unterzeichnung des „Humanitarian Call for Action“ gewinnen.

Der COVID-19-Ausbruch hat verdeutlicht, wie wichtig die globale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und eine transparente Krisenreaktion sind. Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Dreiervorsitz dafür, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in den mit der Weltgesundheitslage befassten internationalen Foren wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine größere und stärker strategisch ausgerichtete Rolle spielen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die Partnerländer bei der Stärkung ihrer kompletten Gesundheitssysteme und bei der Begrenzung der schweren sozioökonomischen Folgen der Pandemie. „Team Europe“ ist der Inbegriff europäischer Entschlossenheit, wenn es darum geht, globale Solidarität zu bekunden. Auf globaler Ebene wird Partnerländern durch Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und Innovationssektor im Bereich Impfstoffe Zugang gewährt, um die Ausbreitung der Pandemie zu bekämpfen.

Die EU wird unter den drei Vorsitzen die Durchführung der EU-Strategie für maritime Sicherheit (EUMSS) und des aktualisierten EUMSS-Aktionsplans fortsetzen, damit die Union auf globaler Ebene besser auf Bedrohungen der maritimen Sicherheit und für Menschen, Tätigkeiten und Infrastrukturen problematische Situationen reagieren kann, und zwar insbesondere durch eine stärkere diplomatische Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, vor allem im Golf von Guinea, und einen koordinierten Kapazitätsaufbau. Die politische Reaktion wird anhand des für 2020 angekündigten Berichts über die Durchführung des Aktionsplans für die Strategie der Europäischen Union für maritime Sicherheit (EUMSS) begutachtet werden.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Zur Unterstützung der Arbeit des Hohen Vertreters und in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sind die drei Vorsitze fest entschlossen, alle Aspekte der GSVP zu vertiefen, wobei im Vordergrund steht, dass die EU als verantwortungsvoller, fähiger und zuverlässiger Akteur und globaler Partner für Frieden und Sicherheit in Erscheinung treten soll. Aus diesem Grund sind die Partner des Dreiervorsitzes entschlossen, die Handlungsfähigkeit der EU weiter zu stärken, damit sie angemessen und entschieden – wenn möglich mit den Partnern, wenn nötig unabhängig – auf Krisen reagieren kann, die unsere Interessen und unsere Sicherheit unmittelbar berühren.

Wie handlungsfähig wir sind, ist davon abhängig, ob wir eine klare und gemeinsamen Vorstellung davon haben, wozu wir als Europäer – im Sinne der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union – im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der Lage sein wollen. Damit wir die Erwartungen der Strategischen Agenda 2019-2024 erfüllen können, benötigen wir politische und strategische Leitlinien. Daher wird der Dreivorsitz die Arbeit unter Federführung des Hohen Vertreters an dem sogenannten „Strategischen Kompass“ uneingeschränkt unterstützen. Als Grundlage für diesen strategischen Dialog, der zur Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Vorstellung und zu einer stärker zielorientierten Planung und Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten beitragen soll, wird eine gemeinsame Bedrohungsanalyse dienen.

Der Dreivorsitz wird seine Bemühungen um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen GSVP und JI und seine Unterstützung nationaler Prozesse zum Ausbau der Fähigkeiten für zivile GSVP-Missionen und vieler weiterer Tätigkeiten fortsetzen, damit die Umsetzung des Pakts für die zivile GSVP bis Anfang Sommer 2023 gewährleistet ist. Neben der Ausrichtung mehrerer Workshops und zweier hochrangiger jährlicher Überprüfungskonferenzen ist die Einrichtung eines Europäischen Kompetenzzentrums für Ziviles Krisenmanagement geplant.

Nicht zuletzt dank der bahnbrechenden Fortschritte, die in den letzten beiden Jahren in allen Schlüsselbereichen (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ, Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung – CARD und Europäischer Verteidigungsfonds) erreicht wurden, wird die Weiterentwicklung und die Abstimmung der Verteidigungsinitiativen der EU weiter voranschreiten. Dazu sollte eine stärkere, inklusive und nachhaltige technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung gehören, die der Rolle von KMU Rechnung trägt.

Die Kohärenz der verteidigungspolitischen Initiativen der EU, die auf die Erfüllung der Zielvorgaben der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung ausgerichtet sind, soll weiterhin mit einem ergebnisorientierten Ansatz gefördert werden, um die Verteidigungszusammenarbeit zu stärken, sodass die Union mit den richtigen Fähigkeiten ausgestattet ist und stärker als Bereitsteller von Sicherheit in Erscheinung treten kann. Im Interesse eines kohärenten Ansatzes für die Entwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten sind weiterhin eine verstärkte politisch-strategische Abstimmung und Überwachung bei der Umsetzung unverzichtbar.

Gleichzeitig setzen sich die drei Vorsitze gemeinsam mit dem Hohen Vertreter weiterhin uneingeschränkt für die transatlantische Sicherheitspartnerschaft ein, indem sie die vollständige Komplementarität aller GSVP-bezogenen Initiativen mit der NATO sicherstellen. Die Stärkung des Zusammenhalts und der Ausbau der Kapazitäten für ein gemeinsames Handeln sowohl der NATO als auch der EU wird unter anderem auf militärische Mobilität, Cybersicherheit und -abwehr, die Fähigkeitenentwicklung, hybride Bedrohungen und den Aufbau von Kapazitäten ausgerichtet sein. Angesichts der COVID-19-Pandemie gehört dazu auch, dass das Militär zivile Behörden unterstützt und bei Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und der zivilen Bereitschaft Hilfe leistet. Daher sind die enge Zusammenarbeit beider Organisationen und die Stärkung der europäischen Säule der NATO eine Priorität. Wie die bisherigen Fortschrittsberichte bezeugen, bietet die auf personeller Ebene bereits etablierte informelle Zusammenarbeit mit der NATO eine gute Grundlage für ein starkes und fortgesetztes Engagement.
